

6

Bonn, Freitag 13. März 1970

Sprecher: Amrehn, Barzel, [Blüm], [Brauksiepe], Dregger, Echternach, Elschner, Göb, [Gradl], Hahn, Hasselmann, Kiesinger, Kohl, Krasko, [Schäfer], Schröder, Schwarz-Schilling, Stingl, [von Weizsäcker].

Politischer Lagebericht. CSU-Freundeskreise. Wahlanalyse. Strategie der Opposition. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 19.45 Uhr

POLITISCHER LAGEBERICHT

Zu Beginn der Sitzung berät der Bundesvorstand über den Wortlaut des Kommuniqués, das der Parteivorsitzende, Bundeskanzler a. D. Dr. Kurt Georg Kiesinger, während der Bundesvorstandssitzung in einem Interview den beiden Fernsehanstalten ARD und ZDF bekanntgibt. An der Beratung des Wortlautes des Kommuniqués innerhalb des Bundesvorstandes beteiligen sich: Herr Amrehn, Herr Dr. Barzel, Herr Dr. Blüm, Frau Brauksiepe, Herr Dr. Dregger, Herr Dr. Gradl, Herr Professor Dr. Hahn, Herr Dr. Kohl, Herr Dr. Schröder, Herr Dr. von Weizsäcker.

Wortlaut der Erklärung: „Der Sprecher der CDU teilt mit: Präsidium und Bundesvorstand der CDU traten am 13. März 1970 in Bonn zusammen. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler a. D. Dr. Kurt Georg Kiesinger, gab folgende Erklärung ab: Wir müssen die geplante Begegnung in Erfurt im Zusammenhang mit den Gesprächen in Moskau und Warschau sehen.¹ Parteipräsidium und Bundesvorstand der CDU haben die Situation beraten und folgendes festgestellt: Für uns geht es im Kern um die Freiheit und um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR. So wie wir für uns auf Freiheit und Selbstbestimmung nicht verzichten können, so wenig dürfen wir dies zuungunsten unserer Landsleute in der DDR tun. Niemand kann voraussagen, wann sie dieses Selbstbestimmungsrecht werden ausüben können. Es gibt aber in aller

1 Am 19. März 1970 trafen sich Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt, vgl. AdG 1970 S. 15344–15358. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung Brandts über seine Gespräche in AAPD 1970 Dok. 124. – Zu den Gesprächen Bahrs in Moskau vgl. VOGTMEIER S. 123–140; AAPD 1970 Egon Bahr. – Die Gespräche in Warschau führte Staatssekretär Georg Duckwitz, vgl. AAPD 1970 Dok. 14 (Instruktionen vom 19. Januar für die im Februar beginnenden Gespräche), Dok. 35 (4. Februar), Dok. 37 (5. Februar), Dok. 39 (6. Februar), Dok. 41 (7. Februar), Nr. 77 (Instruktionen vom 25. Februar 1970 für die zweite Gesprächsrunde), Dok. 102 (9. März), Dok. 107, 113 (11. März).

Ungewißheit eine feste Regel für unsere Deutschlandpolitik: Keine deutsche Regierung darf etwas tun, was durch ihre eigene Schuld oder durch ihr eigenes Versagen unseren Landsleuten den Weg zur Selbstbestimmung erschwert oder verbaut. Die CDU erwartet daher, daß bei allem von uns unterstützten guten Willen zu einem friedlichen Ausgleich von deutscher Seite der aller Welt bekannten Härte der östlichen Forderungen mit jener Klarheit und Festigkeit begegnet wird, die für die Wahrung der Lebensinteressen unseres Volkes und für die Anbahnung eines europäischen Friedens notwendig ist.“

Während des Interviews des Parteivorsitzenden Dr. Kiesinger leitet Herr Dr. Schröder die Bundesvorstandssitzung.

Schröder: Es wäre vielleicht ganz gut, wenn man sich in diesem Kreis noch einmal dazu äußern würde, ob und wie wir mit der CSU zu einer gemeinsamen Erklärung kommen können, wie wir sie nach meiner Meinung schon einmal in dieser Ost-Berliner Sache nützlicherweise gehabt haben. Besteht der Wunsch, dazu etwas zu sagen?

CSU-FREUNDESKREISE²

Kohl: Ich habe die Frage heute im Präsidium³ schon einmal angesprochen, und ich finde, wir sollten uns hier darüber auch noch einmal kurz unterhalten. Das Präsidium hatte schon vor einiger Zeit beschlossen, eine gemeinsame Sitzung mit dem Geschäftsführer und dem Landesvorstand der CSU durchzuführen. Das soll jetzt auch in nächster Zukunft geschehen. Ich kann nur davor warnen, daß wir uns in irgendeiner Form in der öffentlichen Diskussion in eine Lage begeben, daß hier diesen Tendenzen, uns auseinander zu dividieren, Vorschub geleistet wird. Und ich plädiere hier ausdrücklich dafür, daß wir bereit sind, ein größeres Stück Langmut zu üben, als im Augenblick bestimmte Kreise der CSU bereit sind, Langmut zu üben, denn es bringt uns gar nichts ein. Ich weiß das von vielen älteren Freunden aus Rheinland-Pfalz, was für eine katastrophale Geschichte das einmal in Deutschland war, daß die Bayerische Volkspartei und die Zentrumspartei in einer Weise, wie das heute einfach undenkbar ist, aufeinander losgezogen sind. Das ist eine Katastrophe. Ich finde aber, auf der anderen Seite müssen wir unseren Freunden in der CSU ganz klarmachen, was da passiert. Es passiert nämlich konkret folgendes:

2 Die konstituierende Bundesdelegiertenversammlung des Freundeskreises der CSU fand am 14. März 1970 auf dem Köln/Bonner Flughafen statt, zum Vorsitzenden wurde der Kölner Byzantinistik-Professor Berthold Rubin gewählt, vgl. „Neue Rheinzeitung Köln“ vom 16. März 1970 „CSU-Freunde tagen unterm Strauß-Plakat“. Tagesordnung und Satzung finden sich in ACDP Dokumentation 2/2331. – Der erste CSU-Freundeskreis war am 7. Februar 1970 in Berlin gegründet worden, vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 10. Februar 1970, „Südwest Presse Tübingen“ vom 9. Februar 1970. Vgl. auch Ströss S. 339 f.

3 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07–001–1403.

In den CSU-Freundeskreisen, die ich beobachten konnte, sammelt sich eine Summe von Leuten, die in der CDU örtlich oder lokal oder aus was für Gründen auch immer nicht ankamen. Es sammeln sich eine Reihe von Leuten, die einfach ganz wirre, um nicht zu sagen ganz irre politische Vorstellungen entwickeln, und es ist z. T. ein wirkliches Sammelsurium von Leuten, wo man eigentlich froh sein kann, daß die nie Mitglied der CDU werden in einem Kreisverband, weil sie die Arbeit hemmen, weil sie gar nicht bereit sind, vernünftig kooperativ mitzuarbeiten usw. Es ist auch für meine Begriffe eine Katastrophe für unsere Freunde in der CSU, auch für Franz Josef Strauß, wenn die öffentliche Meinung, die ja örtlich diese Leute meistens kennt, die jetzt da als Repräsentanten auftreten, plötzlich den Eindruck hat, das ist weniger eine Frage der bundesweiten Publizität als der lokalen Publizität, wo man das ja besser abmessen kann, was das im einzelnen für einer ist, wenn also hier der Name von Strauß oder der Name der CSU in Zusammenhang mit Leuten gebracht wird, auf die keine Partei stolz sein kann, wenn sie plötzlich auftreten – notorische Querulanten, zu kurz Gekommene in jeder Form oder sonst irgendwas. Man muß allerdings auch sehen, daß diese Freundeskreise eine Problematik darin enthalten, weil eben im Augenblick dabei die Sehnsucht, die ja in Deutschland offensichtlich immer vorhanden ist, nach dem berühmten starken Mann, der alle Probleme löst, der das Patentrezept hat, der sozusagen tausend Blumen blühen läßt, eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Und es ist das Problem, daß sich wohl der Bundesvorstand dazu bereit findet zu sagen, wir nehmen das nicht zur Kenntnis. Die örtlichen Kreisparteivorsitzenden, die mit diesen Leuten im Lokalteil ihrer Zeitung zu tun haben, die halten aber auf die Dauer nicht den Mund. Und das können wir ihnen auch gar nicht verbieten, denn sie sind konfrontiert in ihren örtlichen Versammlungen mit den Lokalredakteuren, und da müssen sie eben Farbe bekennen. Dann ist der Krach da, weil nämlich die Öffentlichkeit nicht aus dem Querulantentum die Schlüsse zieht, sondern aus der Tatsache, der ist bei der CDU nichts geworden. Folglich gründen sie eine CSU. Und es ist auch einem Durchschnittsbürger nicht ganz klarzumachen, wo der Unterschied zwischen einem Freundeskreis liegt, ob das eine Vorstufe einer Parteigründung ist oder ob das eben nicht der Fall ist. Man kann das eben so nicht tolerieren.

Und es kommt noch etwas anderes hinzu. Wir haben in ein paar Tagen die Wahlen in Hamburg, wir haben ein paar Wochen später die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, wir haben die Wahlen im Herbst in Hessen und in Bayern.⁴ Und wenn Sie jetzt im Vorfeld dieser Wahlen irgendwo auftauchen, da haben Sie in einer Diskussion spätestens bei der dritten Frage die Frage: Und wie hältst du es mit den Artikeln im „Bayernkurier“? Ich muß nun also ganz offen sagen, ich habe weder die Zeit und die Lust, jeden Artikel im „Bayernkurier“ präsent zu haben. Es ist schon beschwerlich genug, bei jeder Diskussion mit jüngeren Leuten, etwa mit Pennälern, immer den „Spiegel“ präsent zu haben, weil das immer das Material ist, das unweigerlich in der Debatte aufkommt. Man muß also den „Spiegel“ gelesen haben und den

4 Vgl. Nr. 2 Anm. 18.

„Bayernkurier“, und auf dieses Niveau werden dann unsere Diskussionen heruntergezogen.

Es ist einfach ein Wahnsinn, bei der Lage der CDU/CSU etwas zuzulassen, was uns auseinanderbringt. Das hat mit der unterschiedlichen Betrachtung in verschiedenen Fragen gar nichts zu tun. Es wird immer ein Unterschied sein zwischen unseren Freunden in Hamburg in der Frage der föderalen kulturpolitischen Betrachtung und der Meinung, die die Bayern dazu haben. Das ist auch eine legitime Sache und gehört zum Spannungsbogen einer pluralistischen Gesellschaft und in einer so verfaßten Partei. Aber hier geht es ja um etwas anderes. Wir geraten dabei in eine ungeheuer verderbliche Sache, in die Nähe des Endes, des Auffangens der Konkursmasse der NPD. Daß wir natürlich daran interessiert sein müssen, möglichst viele Stimmen in den nächsten Wahlen von der NPD zu erben, das steht doch außer Frage. Wir wären ja wahnwitzig, wenn wir nicht möglichst viele Stimmen gewinnen wollten. Aber wir müssen uns dabei sehr hüten, im Jargon oder in der Betrachtungsweise mit der NPD identifiziert zu werden. Es ist ja ein großer Unterschied, ob wir stillschweigend Wähler aus diesem Bereich kassieren oder ob wir bei dem Bereich der Wähler unter 40 Jahren, bei den Facharbeitern, bei der intellektuellen Mittelschicht in den Geruch kommen, nicht nur Wählerstimmen kassieren zu wollen – das nimmt uns jeder ab –, sondern daß wir jetzt auch in den Jargon der NPD verfallen. Und das muß m. E. in unseren Reihen ausgetragen werden, nicht öffentlich, hier bei uns und in Gesprächen mit der CSU, denn es ist ganz ungewöhnlich verderblich, wenn man auf Versammlungen nach knapp zehn Minuten vor der Frage steht: „Vertreten Sie die Meinung etwa der Bundestagsfraktion“, die als zu lasch charakterisiert wird, „oder sind Sie der Meinung jener ‚aufrechten Männer‘, die doch im „Bayernkurier“ das noch sagen, was gesagt werden muß in dieser Situation?“ Das ist eine furchtbare Lage, weil egal, was Sie sagen, Sie [das] mit Sicherheit mißverständlich wieder gedruckt finden mit all den Konsequenzen, die darin liegen. Und das ist ganz schlimm. Der Vorsitzende des CSU-Freundeskreises Rheinland-Pfalz hat ja gestern wörtlich gesagt: „Wir müssen gegen die progressive CDU die CSU aufbauen.“⁵ Darüber kann man also nur noch weinen, wenn das als Endergebnis unter dem Strich herauskommt.

Schröder: Ich hätte den Wunsch und die Bitte an diejenigen, die zu diesem Thema sprechen, daß sie ihren Vortrag schließen damit, daß sie sagen, was nun praktisch in der Sache geschehen soll.

Dregger: Die Freundeskreise sind m. E. sicherlich eine schlechte Sache. Sie sind sicherlich ein Sammelbecken zu kurz gekommener und zweifelhafter Existenzen. Das ist in Frankfurt beim Vorsitzenden dieses Freundeskreises⁶ der Fall. Diese Freundeskreise gefährden den guten Namen der CSU und damit auch unseren guten Namen, und sie geben der deutschen Presse die Möglichkeit, einen Gegensatz zwischen der

5 Vorsitzender der am 12. März 1970 als siebter Freundeskreis in Koblenz gegründeten Organisation war der Diezer Kaufmann und Rechtsanwalt Rolf Müller-Zimmermann. Vgl. „Allgemeine Zeitung Mainz“ vom 13. März 1970 „Sie wollen Strauß als Kanzler sehen“.

6 Vorsitzender des am 19. Februar 1970 gegründeten Freundeskreises war der Publizist Jürgen von Sychowski, der sein Amt am 15. März 1970 niederlegte.

Union in Bayern und im übrigen Bundesgebiet aufzubauen. Therapie: Nach außen runterspielen. Ich würde es für falsch halten, große Proteste jetzt hier vom Bundesvorstand loszulassen, sondern zu sagen, wir alle sind Freunde der CSU, wir brauchen keine speziellen Freundeskreise. Aber nach innen sollten wir der CSU gegenüber in nicht zu überbietender Härte und Deutlichkeit dagegen protestieren und sagen, das können wir nicht hinnehmen.

Schröder: Herr Dr. Dregger, wir sind uns in der Sache ja wohl einig, auch bevor wir sie zu Ende diskutiert haben. Aber hier geht es um die Frage, daß wir die CSU dazu bringen müssen, sich wirklich davon ganz und gar zu distanzieren. Dann ist die Sache tot, dann brauchen wir weder vereinsrechtliche noch sonstige Formalitäten.

Echternach: Ich wollte einmal darauf hinweisen, daß der Hamburger Freundeskreis repräsentiert wird durch einen Pressesprecher, der gleichzeitig auftritt als Vorsitzender eines rechtsradikalen Studentenverbandes in Hamburg, gleichzeitig als Repräsentant der Aktion Oder-Neiße, und daß er gleichzeitig ein Flugblatt verteilen läßt, das schließt mit den Worten: „Wenn Sie kein slawisches Hamburg wollen, dann wählen Sie nicht die Bonner Verzichtspartei.“⁷ Diese Aktion Oder-Neiße hat gleichzeitig eine Zeitung verteilt, in der wohlwollend ein Amerikaner zitiert wird, der gesagt hat: „Der deutsche Feldzug gegen Rußland 1941 war ein heiliger Krieg ...“ Das von dem Repräsentanten, der bei dem Freundeskreis der CSU in Hamburg auftritt. Gleichzeitig werden demagogische Fragestellungen allen Hamburger Bürgerschaftskandidaten zugeschickt im Namen des Freundeskreises der CSU, weil eine Wahlempfehlung des Freundeskreises der CSU zur Hamburger Bürgerschaftswahl herausgegeben werden soll, in der Fragen zur Anerkennung der DDR, Fragen zur Verhandlung in Erfurt umgemünzt werden in quizartig vorgegebene Fragen, die nicht beantwortet werden können und bei denen sich alle drei Parteien in Hamburg verständigt haben, daß diese Fragen nicht beantwortet werden. Ich meine, daß wir diesem Treiben nicht länger tatenlos zusehen können, daß es auch mit nichtssagenden, distanzierenden Erklärungen nicht getan ist, sondern hier nur juristische Schritte helfen, d.h. die Untersagung der Namensführung CSU im Namen der Freundeskreise, denn CSU ist genauso geschützt wie alle anderen Marken- und Warenzeichen und im politischen Bereich erst recht. Der Name der CSU kann nicht gegen ihren Willen geführt und mißbraucht werden. Und deswegen wäre ohne weiteres die CSU in der Lage, die Führung des Namens CSU durch irgendwelche Freundeskreise zu untersagen, und wir sollten die CSU auffordern, diese rechtlichen Schritte einzuleiten.

Hasselmann: Ich schließe mich voll und ganz den Vorschlägen von Herrn Echternach an. Wir haben allerdings von der CSU auf mein Drängen bereits in der Presse Hannovers die Distanzierung der CSU von diesen Freundeskreisen mit folgendem Wortlaut: „Im Auftrage des CSU-Vorstandes wird mitgeteilt, daß die Gründung eines

7 Jürgen Rieger (1946–2009), Anwalt. – Der Freundeskreis wurde am 13. Februar 1970 in Hamburg gegründet, vgl. „Hamburger Morgenpost“ vom 14. Februar 1970 „Freunde der CSU‘ jetzt in Hamburg“. – Die Aktion Oder-Neiße (AKON) wurde im September 1962 gegründet, vgl. PPP Informationsbrief 20. Jg/101 vom 3. September 1969.

Freundeskreises der CSU in Hannover ohne Wissen der CSU stattgefunden habe. Die CSU distanziert sich ausdrücklich von dieser Vereinigung. Die CSU hat sich gerade über die hannoversche Gründung ‚höchst verärgert‘ gezeigt.“ Eine kurze Notiz mit der Überschrift „Die CSU distanziert sich“.⁸ Es handelt sich bei dem Gründungsmitglied um Herrn K. Döring⁹, diesem sagenhaften, nicht gerade glücklich handierenden Journalisten. Ich habe die notwendigen Schritte gegen diesen Mann eingeleitet. Aber der Schritt muß von der CSU, von Dr. Strauß kommen. Wir können sonst gar nichts tun. (*Schröder*: Wer hatte Sie denn autorisiert, Herr Hasselmann? Sie haben ja eine wunderbare Erklärung gehabt, die könnten wir ja alle abgeben. Aber wer hatte Sie autorisiert, die Erklärung abzugeben?) Herr Generalsekretär Streibl. – Zweitens, zur NPD, weil Herr Dr. Kohl vorhin darauf einging: Wir sind nämlich etwas betroffen in Niedersachsen. Eines steht fest, meine Damen und Herren, die Haltung zu den aus der NPD Ausgetretenen wird in den einzelnen Regionen der Bundesrepublik unterschiedlich beurteilt werden müssen. In Niedersachsen haben wir die Dinge fest in der Hand. Da passiert nichts. Die Frage ist, ob man in anderen Landesteilen Deutschlands das so deutlich machen kann wie gerade in unserer Heimat.¹⁰ Die Frage ist, wie können wir von der Bundespartei eine Aufklärungsaktion durchführen, die deutlich macht, warum wir in Niedersachsen einen solchen Schritt gemacht haben. Wir würden Ihnen auch das Material dazu liefern können, wenn das Wunsch dieses Vorstandes ist. Aber, wie gesagt, Gefahr besteht nicht. Das erste Rebellieren von Freunden aus der Jungen Union ist umgeschlagen in eine sehr nüchterne Betrachtungsweise. Ihr Freund und mein Freund, Herr Seiters, wird Ihnen das bestätigen. Daß wir hier nicht leichtfertig und grundsätzlich mit der NPD paktieren dürfen, ist selbstverständlich. Das geht nur immer mit dem Ausgetretenen unter der Überschrift „Die NPD wird bekämpft“. So wird es auch weiter geschehen. Sie ist nicht koalitionsfähig. Das muß immer vor jeder Begründung für die Einzelmaßnahme vorweg gesagt werden. Aber insgesamt zeigt sich durch die Gemeindezusammenschlüsse neu, die wir im Zuge der Verwaltungs- und Gebietsreform durchgeführt haben und die zwingen zu neuen Gemeinderatswahlen, daß wir eine Bastion nach der anderen zum erstenmal zugunsten der CDU gewinnen. Die SPD ist mit größtem Aufgebot in diesen Gemeinden erschienen und trotzdem erstmals geschlagen worden.¹¹ Der Trend ist eindeutig. Wir können also von dieser

8 Vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 13. Februar 1970 „Die CSU mag ihn nicht und die CDU ist skeptisch“; „Wolfsburger Allgemeine“ vom 6. März 1970 „CSU-Freundeskreis ohne Freunde“; „Wetzlarer Neue Zeitung“ vom 25. März 1970 „Die CSU distanziert sich“.

9 Nicht ermittelt.

10 Anspielung auf den Fall des NPD-Landtagsabgeordneten Hass, der nach seinem Austritt aus der NPD-Fraktion bei der CDU hospitierte, sowie die Aufnahme von FDP-Mitgliedern im Frühjahr 1969, vgl. FAZ vom 17. Januar 1970 „NPD-Austritt in Niedersachsen“; „Braunschweiger Zeitung“ vom 17. Januar 1970 „Vor weiteren Mandatsverschiebungen“; „Frankfurter Rundschau“ vom 27. Januar 1970 „NPD-Abtrünnige stärkt niedersächsische CDU“. Vgl. auch Nr. 5 Anm. 79. – Aufgrund der Aufnahme von Hass in die CDU-Fraktion kündigte Ministerpräsident Diederichs am 18. März 1970 die Koalition mit der CDU auf, vgl. Zick S. 149 f.

11 Bei Teilkommunalwahlen wie z. B. im Landkreis Osnabrück errang die CDU von 124 Rats-

Linie, in Niedersachsen jedenfalls, nicht abgehen, aber wir wissen nicht, ob man in anderen Gebieten sich doch nicht sehr viel Mühe geben muß, um zu erklären, was eigentlich in Niedersachsen vorgeht.

Hahn: Ich beurteile an sich die Frage der CSU-Freundeskreise genau wie Sie. Ich bin allerdings der Meinung, rechtliche Schritte sollten wir nicht einleiten, sondern das muß durch die CSU selbst geschehen. Aber ich betrachte diese Sache als ein Krankheitssymptom der CDU, und zwar als ein ganz deutliches Unbehagen, das in unseren Reihen doch da ist. Und ich meine, wir sollten es insofern ernst nehmen, denn es ist ein Empfinden, daß keine klare Richtung bei uns da ist und sehr große Unsicherheit vorherrscht. Und dieses Unsicherheitsgefühl deutet sich jetzt zum ersten Mal an, und das kann noch sehr viel schlimmer werden, wenn das so weitergeht. Ich bin der Meinung, wir sollten die Sache sehr ernst nehmen und einmal unseren eigenen Kurs genau überprüfen.

Schröder: Wir sind uns also einig darin, daß in der vorgesehenen Besprechung mit der CSU diese Forderung klargestellt werden soll, daß die CSU sich eindeutig verhält und eindeutig die Schritte ergreift, wenn noch weitere gerichtliche Schritte notwendig sein sollten.

Schwarz-Schilling: Müßte man nicht das Material von solchen Leuten, von denen Herr Echternach und Herr Hasselmann gesprochen haben, bei der Verhandlung zur Hand haben?

Schröder: Ja, das fände ich sehr gut. Es sollten also alle diejenigen, die lokales Material haben, dieses der Bundespartei für die Verhandlung mit der CSU zur Verfügung stellen.

WAHLANALYSE

*Elschner*¹²: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben insgesamt von elf Wahluntersuchungen gehört: drei von der SPD, drei von der CDU, eine von der FDP, drei von wissenschaftlicher Seite und eine von der Gewerkschaft.¹³ Ich selber habe fünf dieser Analysen mitausgewertet, zwei habe ich allgemein zur Kenntnis be-

sitzen 53, die Wählergemeinschaften 43, die SPD nur 26, die FDP 2, vgl. „Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 27. April 1970 „CDU im Landkreis Osnabrück vorn“.

¹² Gerhard Elschner (geb. 1923), Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1969/70 Leiter des am 15. Januar 1968 gegründeten Wissenschaftlichen Instituts der KAS (WIKAS, ab Oktober 1970 in Sozialwissenschaftliches Institut umbenannt), ab 1970 Unternehmensberater in München. Vgl. dazu auch Anja KRÜKE: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990. Düsseldorf 2007 S. 127–167.

¹³ Vgl. folgende in ACDP Dokumentation vorhandene Untersuchungen: Institut für Empirische Sozialforschung Köln (WEMA); Institut für Motivforschung/Gesellschaft für angewandte Sozialpsychologie (GETAS); Allensbacher Berichte sowie weitere Materialien in ACDP 01–226–317.

kommen können, von den übrigen weiß ich nichts Genaueres. Insgesamt gibt es eine Reihe von Varianten in diesen Untersuchungen, aber auch eine Reihe von erstaunlichen Übereinstimmungen.

Ich darf mit einer kurzen Vorbemerkung anfangen, ehe ich zu den eigentlichen konkreten Ergebnissen komme. Die deutsche Wählerschaft befindet sich in einem geradezu kritischen Zustand der politischen Orientierungslosigkeit, d. h. Politik rangiert an 6. Stelle nach verschiedenen anderen Lebensbereichen wie Familie, Beruf, Freizeit, allgemeiner Fortschritt, Freunde und Bekannte und rangiert nur ganz knapp vor den Bereichen Sport, Kirche, Kultur. Und mit den Bereichen Sport, Kirche und Kultur hat Politik gemeinsam, daß sie kritische und ablehnende Zuwendungen erfährt, während die ganzen übrigen Bereiche vorwiegend positiv, generell normativ genommen werden. Wo kommt diese Orientierungslosigkeit her? Es ist in einem ganz erstaunlichen Maße die kollektiv aus den Augen der Bevölkerung verschwundene Gesamtheit Politik. Es gibt nicht mehr genügend Streitfragen, nicht mehr genügend Gegenstände der Politik, an denen man sich zustimmend oder ablehnend orientiert. Das hat schlimmere Konsequenzen, als es auf den ersten Blick hin aussieht. Der Verlust an Politik führt eindeutig zu einem labilen Gleichgewicht im sozialen und politischen Verhalten. Es gibt schwindende Stammwählerschaften, wachsende Wechselwählerschaften und eine immer härter werdende Entscheidung in ideologischer Form oder für geringere Gruppen in politischer Form. Und mit diesen Umschichtungen des Verhaltens kommen Ergebnisse zustande, die z. T. mehr aktuell bedingt sind, die aber auf jeden Fall nicht bezogen sind auf große politische Entscheidungen, denn die scheinen für die Mehrheit der Bevölkerung gelaufen zu sein. Auf der anderen Seite dividiert sich die Bevölkerung immer mehr in verschiedene Verhaltensformen, und die großen Unterschiede zwischen etwa Konfession oder etwa den Landschaften ebenen sich auf eine ganz erstaunliche Weise ein.

Ich überreiche Ihnen noch einmal die Ergebnisse der Wahlen in einer Tabelle, damit Sie sich noch einmal die Zahlen vor Augen führen können. Diese Zahlen müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, daß tatsächlich die politische Machtverteilung in Deutschland eine immer mehr geringer werdende Rolle spielt. Wir hatten bisher für die CDU/CSU den Vorteil, daß die Frage nach der Legitimität – „mit welchem Recht haben bestimmte Leute die Herrschaft inne, und mit welchem Recht üben sie die politischen Entscheidungen aus“ – mit dem Entschwinden politischer Sachverhalte aus den Augen der Leute ebenso verschwindet und die Legitimität für die Frage der politischen Entscheidungen eine immer geringere Rolle spielt. An die Stelle der Legitimität tritt Funktionstüchtigkeit. Die Leute wollen, daß eine Partei einen Service leistet, einen Service an bestimmten politischen Hilfen, an Entscheidungen, die an der Stelle des Einzelnen für ihn geleistet werden. Und d. h., daß die Parteien mehr gefragt werden nach ihrer Funktionstüchtigkeit als nach ihrer politischen Legitimität. Das muß nicht so bleiben, das kann außerordentlich schnell verändert werden. Aber zur Zeit ist es so, daß der Wohlstand und die relativ hohe Sicherheit, die schließlich ein Ergebnis unserer Politik sind, ein Entschwinden wirklicher politischer Entscheidung bewirkt hat. Dieses nur als kurzes Wort zu dem sehr schwierigen Hintergrund, vor dem unsere

Politik gesehen werden muß. Tatsächlich ist die Bereitschaft zu politischen Orientierungen außerordentlich schwach geworden.

Nun komme ich zu den Fakten, die wir in ziemlicher Übereinstimmung mit den verschiedenen Instituten festgestellt haben. Leider haben wir die endgültigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes bis heute nicht. Es gibt einige Länder, bei denen die Vermutung besteht, daß die endgültigen Zahlen der Stimmbezirke und die Auszählung der Sonderstimmkreise zurückgehalten werden, um sie zunächst einmal den „Genossen“ zugänglich zu machen. Wir glauben aber nicht, daß das sehr wesentliche Abweichungen geben wird, aber für das Kapitel, das ich Ihnen jetzt kurz vortragen will, wird es allerdings erhebliche Informationen geben, die ich jetzt nur mit großem Vorbehalt vortragen kann, weil die Berechnung der Wählerwanderung nur möglich ist, wenn wir präzise die Auszählung der Sonderstimmbezirke haben. Die Wählerwanderung ist offenbar ganz beträchtlich gewesen, obwohl sie kleiner war als im Wahlkampf 1965. Etwa 20 % der Wählerschaft hat die Parteipräferenz verändert. Auf Anlage 2 finden Sie bei dem Verbleib der Wähler von 1965 – jeweils als einen Kreis dargestellt – das Hundert der Wählerschaft einer bestimmten Partei. Diese Wähler von 1965 haben sich in einer gewissen Weise aufgeteilt 1969. Wir haben das weitgehend, aber nicht vollständig feststellen können. Die CDU/CSU hat – relativ gesehen – die festeste Stammwählerschaft, die größte Anzahl derer, die auch 1969 wieder ihrer Partei wie 1965 ihre Stimme gegeben haben.

Wenn Sie dann Anlage 3 „Zusammensetzung der Wählerschaften der Parteien 1969 (Zusammensetzung nach ihrer Parteiherkunft)“ betrachten, dann stellen Sie fest, daß von den 46,1 % Wählern der CDU 32,5 % die alten waren. Und wir haben auch aus anderen Studien mit ziemlicher Sicherheit herausgerechnet, daß wir eine Stammwählerschaft von rund 30 % besitzen. Zu der Wählerwanderung darf ich noch ergänzen, die NPD verlor praktisch keine Wähler von 1965. Sie gewann ungefähr die Hälfte ihrer Wähler von anderen Parteien. Den höchsten Zustrom von ehemaligen CDU-Wählern hat die SPD erhalten. Die CDU/CSU wiederum erhielt ihre Stimmen vorwiegend von ehemaligen SPD- und FDP-Wählern, vorwiegend nachweisbar von Teilen der FDP, die besonders in Hessen und auch in anderen Gebieten von ihrer Partei eindeutig Abstand genommen haben aus feststellbaren, in den Motivuntersuchungen angegebenen Gründen. Die SPD hat etwas mehr Wähler an die FDP verloren als an die CDU. Sie gewann vor allem ehemalige CDU-Wähler und nur etwa halb soviel wandernde FDP-Wähler. Die SPD erhielt etwas mehr Stimmen als die CDU von ehemaligen FDP-Wählern. Und die FDP erhielt vor allem Stimmen ehemaliger SPD-Wähler. Es hat also ein Austausch vor allem in der Orientierung Links/Rechts, Progressiv/Konservativ stattgefunden, wenn das als Interpretation erlaubt ist. Die Verluste der NPD an andere Parteien sind zu gering, um auf eine Wanderungsrichtung zu schließen. Die gewonnenen Wähler stammen zu etwa gleichen Teilen aus CDU/CSU und DFU. Die NPD-Wähler sind in erster Linie Unzufriedene, Frustrierte, radikal Protestierende, aber keineswegs vorwiegend speziell Nationale.

Die Entwicklung der Parteienpräferenz in der Zeit ist ein Streitapfel zwischen den Instituten. Es sind nämlich je nach ganz verschiedenen Frageformen verschiedene Par-

teipräferenzen festgestellt worden. Ich darf Ihnen eine mit etwas Vorbehalt zu betrachtende Tabelle („Parteienpräferenz Oktober 1969“) überreichen, die sich offensichtlich – je nach Art der Fragestellung – unklar entwickelt hat. Es steht aber ziemlich fest, daß die SPD in ihrer Öffentlichkeitsarbeit in dem Winter 1968/69 und den ersten Monaten 1969 die entscheidenden Festlegungen ihrer Zugewinne erzielt hat, während die Zugewinne für die CDU in diesem Zeitraum nur ihre Stammwähler betraf. Die CDU hat in dieser Zeit keine Wechselwähler gewonnen. Dagegen hat sie Wechselwähler gewonnen in dem Zeitraum des eigentlichen Wahlkampfes.

Dies bestätigt auch die Tabelle über den „Zeitraum der Wahlentscheidung“. Hier sehen Sie die Rückerinnerung auf den Zeitraum im Winter 1968/69 bis hin zum Wahltag, aus der sich ergibt, daß die CDU am Anfang des Jahres 1969 wenig bis gar nicht hinzugewann, sondern nur die Festlegung ihrer Stammwähler erreichte, daß sie in dem Zeitraum zwei bis drei Monate vor der Wahl eher Verluste zu verbuchen hatte, und die entscheidenden Gewinne für die CDU/CSU im Schlußgalopp des Wahlkampfes zustande kamen. Das wird aus dieser Grafik nicht ganz deutlich. Diese ist nur ein Hinweis auf die Wahlentscheidungen nach der eigenen Aussage der Befragten. Die Parteienpräferenz vom Oktober 1969 zeigt in etwa, wie bereits vier Wochen nach den Wahlen sich die Wählerschaft zugunsten der SPD umstrukturiert hat. Wir haben wenige Tage, und zwar drei Tage nach der Wahl, ein Parteienpräferenz-Verhältnis von 46 % für die CDU (also noch das Wahlergebnis), bereits 47 % für die SPD, 4 % für die FDP und abgesunken 2 % für die NPD. Wir haben knapp vier Wochen später 52 % für die SPD, nur noch knapp 40 % für die CDU und etwa 6 % für die FDP. Und wir haben seitdem eine etwas schwankende Parteienpräferenz mit einem knappen weiteren Ansteigen der SPD bisher auf etwa 52 bis 53 %, ein Ansteigen der CDU im November auf 42 %, dann wieder Absinken auf 39 % und zur Zeit wieder eine aufsteigende Tendenz auf 40 bis 41 %. Und nach einer mir nicht nachprüfaren Nachricht aus einer jüngsten Parteienpräferenz hat die CDU zur Zeit schwach steigende Ziffern und ist bei 43 oder 44 % angekommen. Bei der FDP schwankt es um die 5 % herum. Wegen der kleinen Größe sind die Zahlen nicht hundertprozentig zuverlässig. Es heißt, daß die FDP in Nordrhein-Westfalen ganz deutlich, aber knapp über der 5 %-Grenze liegt, im übrigen wieder eher etwas zunehmenden Trend hat im Zuge der Publizität, vor allem durch Herrn Scheel.

Wir haben bei der Zusammensetzung der Wählerschaft nach den soziographischen Gruppen eine sehr interessante Zusammensetzung hinsichtlich Männern und Frauen. Hier haben wir genau die Umkehrung zwischen CDU und SPD. Die CDU hat 39 % Männer und 54 % Frauen, die SPD 52 % Männer und 42 % Frauen. Bei den Konfessionen hat die CDU 58 % katholische Wähler und 37 % evangelische Wähler, die SPD 38 % katholische Wähler und 55 % evangelische Wähler. Bei den Altersstufen ist die Kurve eindeutig von den jungen Jahrgängen zu den alten für die SPD fallend und für die CDU steil aufsteigend mit einem Gipfel an alten Wählern von 57 % für die CDU und 57 % jungen Wählern bei der SPD. Das entspricht also geradezu einem Kreuz in dieser Zusammensetzung. Wir haben bei den Berufen eine eindeutige Kurve zwischen der Landbevölkerung mit 65 % für die CDU, treu zurückgekehrt nach etlichen

Schwankungen zu Beginn des Jahres 1969, und nur 24 % für die SPD. Bei den Arbeitern hat die SPD mit 60 % immer noch den Hauptanteil, die CDU 35 %. Die mittleren nichtleitenden Angestellten 52 % SPD, 43 % CDU. Bei den leitenden Angestellten haben beide große Parteien etwa einen gleichen Anteil von 46 %. Bei den Selbständigen und den freien Berufen hat die CDU 57 %, die SPD 30 % und die FDP dort ihren Hauptstand mit 9 %. Bei den Ortsgrößen gibt es wieder eine ähnliche Kurve wie bei den Altersstufen. Wir haben von Dörfern über Kleinstadt und Mittelstadt eine ganz deutlich fallende Kurve der CDU (52 % auf den Dörfern, 37 % in den großen Städten). Bei der SPD haben wir 41 % in Dörfern und ganz kleinen Orten, bis zu 57 % in den Großstädten. Hier liegt der Hauptgewinn der SPD eindeutig in den Ballungsräumen. Diese Umschichtungen der Wählerschaft haben nichts Dramatisches und auch keineswegs gruppenspezifische Ursprünge, d.h., nicht weil man einer bestimmten Gruppe zugehört, habe man deshalb seine Meinung geändert oder sich daran orientiert. Es sind eindeutig auch bei diesen Umschichtungen in erster Linie politische Orientierungsmotive gewesen und dann erst in zweiter Linie traditionelle Orientierungsmotive. Die CDU findet zur Zeit in den folgenden Gruppen und Gebieten die geringste Resonanz. Sie ist besonders unterrepräsentiert in unteren Schichten, in Mittelstädten, bei den Facharbeitern, in Hessen immer noch, in Norddeutschland, bei evangelischen Wählern, bei Gewerkschaftsmitgliedern und naturgemäß bei den Wählern ohne Konfessionsangabe. Die SPD hat ihre besonders geringen Positionen bei den Oberschichten immer noch, bei den älteren Wählern, bei den Nichtgewerkschaftsmitgliedern, in Bayern, in Rheinland-Pfalz und Saarland, in Baden-Württemberg, bei katholischen Wählern, bei den freien Berufen und Selbständigen und bei der Landbevölkerung.

Zu den Auswirkungen der Wahl: Das Wahlergebnis hat bei der Bevölkerung deutlich einen gemischten Eindruck hinterlassen. Es wurde zwar ungefähr so vermutet, man war nicht überrascht, aber die Zufriedenheit war gering. Sie war am größten bei den SPD-Wählern, am geringsten bei der NPD, und auch bei den CDU/CSU-Anhängern sind sehr wenige wirklich zufrieden. 30 % aller Wähler bezeichneten die Niederlage der NPD als besonders gut. Bei den Anhängern der CDU/CSU war vielfach an diesem Wahlergebnis überhaupt nichts Gutes zu finden, d.h. man war unzufrieden. 26 % der Wähler waren nicht enttäuscht. Aber bei den Wählern der CDU/CSU stand die Enttäuschung ganz an der ersten Stelle ihrer Reaktion. Die SPD hat allgemein besser abgeschnitten als erwartet, und schlechter als allgemein erwartet die FDP. Als eigentliche Siegerin der Wahl wurde von 60 % der Befragten die SPD bezeichnet, weil sie einen so großen Stimmenzuwachs hatte. 35 %, also nur ein Teil der CDU-Wähler selbst, sagen, die CDU/CSU sei die Siegerin der Wahl, weil sie die meisten Stimmen erhalten habe. Die Anhänger von SPD und FDP hatten mit einer größeren Niederlage der CDU gerechnet. Die Wähler von CDU/CSU und NPD erwarteten ein schlechteres Ergebnis für die SPD. Die Wahlerfolge der einzelnen Wahlkreiskandidaten und der Abgeordneten sind von der Mehrheit der Bevölkerung mit Interesse verfolgt worden, aber rund 30 % der Wähler haben sich dafür überhaupt nicht interessiert. Für sie hat der Kandidat praktisch keine Rolle gespielt.

Zu den Koalitionspräferenzen, zu den Wünschen nach einer bestimmten Regie-

rung, haben wir eine ganz interessante Feststellung treffen können, und zwar war der bevorzugte Regierungsträger nach den Wahlen eine Alleinregierung der SPD. An zweiter Stelle tauchte für die beste Lösung die Alleinregierung der CDU auf. Das ist gegen früher eine Änderung, wo Alleinregierungen sehr stark abgelehnt wurden. Aber als zweitbeste Lösung überragt die Zusage für die jetzige Mini-Koalition bei weitem die Zustimmung zur Alleinregierung der CDU. Und insgesamt kommt die Große Koalition hierbei außerordentlich schlecht weg. Niemand wollte mehr die Große Koalition. Es ergibt sich aus den Feststellungen, daß das Image der SPD, das allgemeine Bild von dem, was die SPD tut und wie sie sich verhält, im Augenblick den Vorstellungen der Bevölkerung stärker entspricht als die CDU und daß die Regierung der SPD/FDP weniger, und zwar deutlich weniger, nachweisbar weniger, ihres besseren Programmes wegen als vielmehr wegen des Wunsches nach einem Regierungswechsel befürwortet wird.

Wir haben dann als letztes eine Aufstellung von Aufgaben und Gebieten, um die sich eine Regierung kümmern soll. Es ergibt sich eindeutig, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik unzweifelhaft an erster Stelle rangiert, also die größte Priorität besitzt. Dabei ist die Sorge um eine harte Währung während des Aufwertungsstreits von einer stark gewachsenen Sorge um stabile Preise später dann überholt worden. Bei den Frauen hat sich die Angst vor steigenden Preisen besonders bemerkbar gemacht, vor allem in den mittleren Altersjahrgängen. Eine verstärkt in den Zeitraum der Aufwertungsdiskussion gefallene Wahlfestlegung und die gleichzeitig in diesem Zeitraum besonders geäußerte Besorgnis um die Preise läßt den wirtschaftspolitisch begründeten Einbruch der SPD in weibliche Wählerschichten vermuten. Mit 38 % nennen mehr junge Leute die Sicherung der Arbeitsplätze als eine wichtige Aufgabe als die älteren. Sorge um ihren Arbeitsplatz haben also gerade mehr die jüngeren, und nicht wie immer angenommen die älteren Wähler. Der CDU wird zugebilligt, daß sie sich ganz besonders um die Stabilisierung der Staatsfinanzen und etwas mehr als die SPD um die stabile Währung gekümmert habe. Ihre Leistungen im gesamten übrigen Bereich der Wirtschaftspolitik erfahren jedoch eindeutig eine schlechtere Beurteilung als die der SPD. Diese wird sogar in verschiedenen Gruppierungen fast doppelt so fähig angesehen wie die CDU/CSU, und das beruht eindeutig nach den Grundbefragungen auf der Rolle von Karl Schiller. Seit März 1969 rangieren in der Liste der Aufgaben der Bundesregierung Ostpolitik und Wiedervereinigung etwa in der Mitte. Die Anerkennung der DDR ist eine der unwichtigsten Aufgaben am Ende der Liste. Das Interesse an der Wiedervereinigung ist bei den 30- bis 60jährigen am geringsten, bei den über 60jährigen am größten. Der Ostpolitik messen die Jungen die höchste Bedeutung zu, die über 60jährigen die geringste. Aus den Gruppen ergeben sich keine besonders großen Unterschiede. Aus den 23 vorgegebenen Aufgabenbereichen einer Bundesregierung wurde nach wie vor immer wieder, auch in nachfolgenden Untersuchungen, die Wirtschafts- und Finanzpolitik vor der Bildungspolitik und Verbrechensbekämpfung ausgewiesen. Die Fragen der Außenpolitik haben in dem Zeitraum des Wahlkampfes und auch unmittelbar danach nur eine ganz unterdurchschnittliche Bedeutung gehabt. Sie haben an der Wahlentscheidung kaum Anteil gehabt.

Ich darf resümieren: Die CDU/CSU verlor eindeutig an Stimmen und verfehlte dadurch knapp die absolute Mehrheit wegen des Aufwertungsstreites¹⁴ und der damit verbundenen Angst vor Preissteigerungen. Sie verfehlte ihre Erfolgsmöglichkeiten ganz offensichtlich wegen mangelnder Öffentlichkeitsarbeit in dem Zeitraum des Jahres vor der Wahl. Sie hat ihre Argumente im Winter 1968/69 und im Frühjahr 1969 überhaupt nicht in der Wählerschaft durchgebracht. An dritter Stelle verfehlte sie ihren Erfolg durch die Verschiebung der Alternative Kiesinger/Brandt, die ganz eindeutig zugunsten des Bundeskanzlers ging, zur Scheinalternative Kiesinger/Schiller, wobei sich inkommensurable Größen gegenüberstanden, und durch das immer Unwahrscheinlicherwerden der Fortsetzung der Großen Koalition die Rolle des Bundeskanzlers immer mehr bezweifelt wurde, die gerade als seine Stärke empfunden wurde. Die CDU/CSU verlor offensichtlich nicht noch stärker, weil sie ihr allgemeines Wahlkampfkonzept einigermaßen konsequent durchhielt. Ich habe Sie hier nicht aufgehalten mit Zahlen über die Resonanz des Wahlkampfes, bei der wir einen durchaus guten Stand gehabt haben. Im Fernsehen und in Inseraten waren wir schwächer als die SPD. Im Durchsetzen unserer generellen Forderung „Auf den Kanzler kommt es an“ und „Sicher in die 70er Jahre“ haben wir weitaus besser abgeschnitten als alle anderen Slogans, als alle anderen Zuordnungen bei anderen Parteien. Eine Kritik an dieser grundsätzlichen Konzeption des Wahlkampfes erscheint nicht stichhaltig. Das Konzept war im Prinzip richtig, insofern es eben nur als eine Entsprechung unseres Images, unseres vorhandenen Vorstellungsbildes konzipiert werden konnte. Aber es gibt gar keinen Zweifel, daß die CDU/CSU an Konsensus in sehr vielen ihrer klassischen Anhängergruppen verloren hat und daß die Bereitschaft, sich mit ihr zu identifizieren, außerordentlich viel schwächer geworden ist. Ich würde deswegen sagen, die SPD verdankt ihre Erfolge weniger ihrer Wahlwerbung. Sie verdankt sie auch kaum ihrem Programm. Die Wahlwerbung hat keine überdurchschnittlichen Wirkungen gezeitigt. Entscheidend für sie war vielmehr der ursprünglich von ihr nicht geplante und nicht gewollte Streit um die Aufwertung und die dadurch gegebene unerwartet große Rolle Schillers und ihr zähes Festhalten an ihrem langfristigen Wehner-Plan, die Regierungsmitwirkung zu benutzen, um als regierungsfähig zu gelten, aber sich dennoch ungehemmt alternativ und oppositionell darzustellen. Aber auch dieses hätte ihr wahrscheinlich nichts genützt, wenn nicht der relativ starke Verlust an innerer Übereinstimmung mit den traditionellen Gruppen und der starke Schwund der Identifizierungsbereitschaft der Wähler mit der CDU ihr sozusagen erst eine Chance eröffnet hätte. Ich bin sicher, daß ihr Angebot an Modernität, an Mobilität und Fortschritt nur sehr kleine Gruppen bewegt hat, nur bestimmte definierbare Gruppen an jungen mobilen Wählern, ein Teil der Intellektuellen und der existentiell noch aufstrebenden Schichten, also der Jahrgänge, die noch in der Festlegung ihrer eigenen Existenz stehen. Die FDP hat eindeutig verloren wegen ihrer Linksumorientierung, wegen einer feststellbaren mangelnden

14 1968 einsetzende Diskussion über eine eventuelle Aufwertung der D-Mark. Vgl. dazu Klaus SCHÖNHOFEN: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969. Bonn 2004 S. 452–469; EMMINGER S. 135–171. Vgl. auch Nr. 4 S. 63 f.

Überzeugungskraft ihrer Persönlichkeiten und eines für sie absolut fehlgegangenen Werbe- und Wahlkampfkonzeptes. Das war ein reiner Snobappeal für Intellektuelle, das war nur etwas für Interessierte. Das hat relativ hohe Aufmerksamkeit erzeugt, aber große Teile der Wählerschaft trotzdem überhaupt nicht erreicht. Die FDP verfügt heute nur über 1,5 % der Wählerschaft als Stammwähler. Das Problem der NPD ist mit ihrer Niederlage nicht gelöst, denn die NPD verlor praktisch keine Wähler von 1965 an andere Parteien. Sie gewann 1969 immerhin 48 %, also rund die Hälfte ihrer Wähler, von den anderen Parteien. Nach den Motivationen erscheinen die NPD-Wähler eindeutig als vorwiegend Unzufriedene und Beunruhigte aus ganz verschiedenen Gründen. Leute, deren Sicherheitsbedürfnisse nicht erfüllt werden. Einige wenige artikulieren das national. Der größte Teil der NPD-Wähler ist im Prinzip nicht radikal, sondern es handelt sich um Nichtintegrierte. Wir werden etwa sagen können, wir würden bei einer nationalen Argumentation bestenfalls 0,5 % der Wähler von der NPD abziehen können – auch das ist noch zu bezweifeln. Auf jeden Fall ist die nationale Argumentation nicht etwa ein Mittel, um die NPD aufzulösen. Es handelt sich um Unzufriedene, in ihrem Sicherheitsbedürfnis Frustrierte, aber nicht um eigentlich Nationale.

Es besteht kein Zweifel, daß die CDU eine Dynamisierung ihres Erscheinungsbildes braucht. Es ist kein Zweifel, daß sie als funktionstüchtiger gelten muß. Sie braucht zweifellos vieles, um ihre Informationen, ihre Entscheidungen besser an die Wähler heranzutragen. Aber wovor ich als Ergebnis dieser Untersuchung warnen muß, wäre die Überlegung einer grundlegenden Reform der CDU mit einer totalen Veränderung ihres grundsätzlich konservativen Konzepts. Das Erscheinungsbild der CDU als einer mobilen – das ist sie leider nicht –, aber gewünschten konservativen Partei (konservativ im Sinne entgegen der ins Risiko gehenden Progressivität der SPD) ist ein positiver Wert. Die CDU/CSU wird geschätzt als eine konservative Partei, nur hat sie einen schweren Mangel: Sie zeigt nicht Politik, sie zeigt auch nicht genügend Funktionstüchtigkeit. Die anderen haben auch keine so überzeugende Politik, aber wenigstens Funktionstüchtigkeit. Wir haben das nötig, was die Fachleute in ihrem Jargon eine Imageakzentuierung, d. h. eine Korrektur in einer bestimmten Richtung meinen, nicht aber einen Imagebruch, nicht etwa eine völlig neue CDU mit einem ganz anderen politischen Gefühl, sondern eine verbesserte, eine mobilere, eine dynamische, aber im Grunde doch die alte CDU, die vorwiegend Stabilität und Sicherheit wieder verheißt. Einer unserer schwerwiegenden Mißerfolge ist es gewesen, daß es der SPD gelang, den Eindruck zu erwecken, sie sei jetzt für Sicherheit und Stabilität zuständig oder mindestens gleichwertig. Wir brauchen nicht die Totalveränderung, sondern nur die Verbesserung des Vorhandenen, die Akzentuierung des klassischen mehr oder minder Mitte/Rechts, mehr oder minder bürgerlich/konservativen Bildes der CDU, denn darin stecken die positiven Werte. Dieses aber mit größerem Schwung, mit größerer Dynamik und größerer Informationsbereitschaft. Es fehlt weitgehend am frischen Bilde. Die CDU ist einfach informationell nicht genügend präsent.

Es folgt eine Diskussion, in der spezielle Fragen des Bundesvorstands zu einzelnen Punkten der Wahlanalyse von Herrn Elschner beantwortet werden.

STRATEGIE DER OPPOSITION

Dr. Kiesinger schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 3 bis zur nächsten Bundesvorstandssitzung zu vertagen, um zusammen mit den Überlegungen aus dem Referat von Herrn Elschner zu gemeinsamen Konsequenzen für die Strategie der Opposition zu kommen.

Barzel: Wenn der Punkt 3 heute vertagt werden soll, dann bin ich natürlich einverstanden. Dann möchte ich aber doch, nachdem an einer anderen Stelle vorhin der Ausdruck fiel, die Opposition im Deutschen Bundestag werde als lasch empfunden, fragen, ob es eine aktuelle Notwendigkeit gibt, heute aktuelle Punkte unserer Politik hier zu erörtern. Dann stehe ich gern zur Verfügung. Prinzipiell bin ich aber gerne bereit, das zu vertagen. Ich erinnere an die letzte Bundesvorstandssitzung, in der wir über diese Fragen der Lautstärke usw. uns verständigt haben. Ich habe die Unterlagen hier. Wenn es aber einen aktuellen Punkt gibt, wo einer der Freunde, der nicht in der Bundestagsfraktion tätig ist, uns einen kritischen Hinweis oder einen Rat geben möchte, wäre ich doch dankbar, das insoweit heute noch zu behandeln. Das Grundsätzliche zurückzustellen, bin ich sehr gerne bereit.

Kraske: Der Ausdruck „lasch“ tauchte ja auf in Zitierungen irgendwelcher Extremisten aus den CSU-Freundeskreisen, die wir als periphere Existenzen bezeichnet hatten.

Kiesinger: Also, ich möchte mal meine Eindrücke so zusammenfassen: Ich glaube nicht, daß die Opposition der Bundestagsfraktion als lasch empfunden wird. Eine gewisse Beunruhigung stelle ich draußen fest, daß die Leute sagen, ja wie nun eigentlich, der Barzel, der Kiesinger, der Strauß, der Schröder oder wer? So werden die Fragen gestellt. Und das sind Fragen, die mit ganz primitiven Tatbeständen zusammenhängen, z. B. damit, daß wir nicht genügend im Fernsehen erscheinen. Die Leute meinen, wir können so oft im Fernsehen erscheinen, als in unserem Belieben steht. Und das ist eben nicht der Fall, sondern wir können nur im Fernsehen erscheinen, wenn wir bestimmte Aktionen zu starten vermögen, die das Fernsehen zur Kenntnis nehmen muß. Und dabei wird das Fernsehen uns immer kürzere Sendezeiten einräumen als der Regierung. Das haben wir einmal als Vorzug genossen, jetzt sind wir jedoch in einer anderen Position. Wir sollten nach dem Willen der Leute ganz anders präsent sein. Das richtet sich also nach meiner Meinung nicht gegen die Fraktion, sondern gegen die Partei insgesamt und leider dabei natürlich auch gegen den Parteivorsitzenden, der einfach für die Leute nicht präsent genug ist. Ist er da – ich habe in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Kundgebungen gehabt, das war wie in den besten Zeiten –, dann geht das gut. Aber man muß eben da sein, und man kann nicht zu gleicher Zeit überall sein. Und das geht allen anderen von uns doch ähnlich.

Dregger: Der Punkt 3 – Strategie der Opposition – wäre doch sicherlich der wichtigste gewesen. Ich bin nicht dagegen, daß wir ihn verschieben, aber ich möchte fragen, wie er beim nächsten Mal behandelt werden soll. Es geht dabei doch sicher nicht nur um die Bundestagsfraktion, sondern es geht auch um die Politik der Partei auf allen

Ebenen, Bund, Länder und Gemeinden. Wir haben ja eine Geschäftsverteilung im Präsidium. Ich hätte gerne einmal gehört, wie sie sich ausgewirkt hat bisher. Wir müssen die Frage behandeln, wie ist unser Verhältnis zur FDP und zur SPD. Ich glaube, das ist fällig. Die gleichen Erklärungen hat Herr Köppler abgegeben im Hinblick auf den Landtagswahlkampf. Wir haben nicht miteinander darüber gesprochen, aber es hätte ja auch sein können, daß wir völlig entgegengesetzte Erklärungen abgegeben hätten. Ich meine, daß diese Frage gründlich behandelt werden muß. Ich wäre ferner dankbar, wenn das vielleicht vorbereitet werden könnte durch ein Konzept, das uns schriftlich zugeht, damit wir hier auch mit einigen Überlegungen in die Diskussion eintreten können. Ich nehme an, daß das Präsidium das sicherlich vorbereiten wird und daß wir dann die Gelegenheit haben, das im einzelnen zu diskutieren und zu beschließen.

Kiesinger: Das wird auch schon beraten.

Echternach: Ich möchte den Parteivorsitzenden fragen, was an den Ausführungen von Herrn Dreher¹⁵ in der „Süddeutschen Zeitung“ dran ist?

Kiesinger: Ja, ich bin also in der schwierigen Lage, daß nun seit langem so eine schleichende Geschichte im Gange ist, dem Kiesinger wird nahegelegt, er solle zurücktreten, er solle vorher zurücktreten. Jetzt wird es so gebracht, daß gesagt wird, der Parteivorsitzende denkt selber an seinen Rücktritt. Er möchte aber natürlich mitwirken, da er an die Zukunft seiner Partei denkt, auch in Personalfragen, auch in Fragen seines Nachfolgers. Dann wird gesagt, er weiß, daß er 1973 ganz sicher nicht mehr dran kommt, er weiß aber auch – so wird vermutet –, daß er, wenn vorher die Regierung auseinandergehen würde, er auch schon nicht mehr drankommt. Dagegen kann man sich natürlich nicht wehren. Da können höchstens andere helfen. Und nun habe ich also versucht, die Sache so wenig dramatisch wie möglich zu sagen: Ich schmolle nicht, ich grolle nicht, ich kollere nicht. Hier ist meine Aufgabe, die erfülle ich. In einem Interview, das ich Herrn Hermann¹⁶ gegeben habe, habe ich gesagt, jetzt ist dieses Jahr vor mir, wo die Partei ausgerüstet werden muß für die Opposition, wo sie fünf Landtagswahlkämpfe – also vier von der CDU und einen von der CSU – zu bestehen hat, und da will ich meiner Partei helfen. Auf die Frage: „Wollen Sie mithelfen bei der Wahl Ihres Nachfolgers?“ habe ich gesagt: „Selbstverständlich! Es ist die Pflicht des Parteivorsitzenden, an die Zukunft der Partei zu denken, dazu gehören die Personalfragen, einschließlich des Vorsitzes.“ Mehr sage ich nicht dazu. Gestern bin ich in Lingen gefragt worden: „Sind Sie bereit, im Jahre 1973 noch einmal als Kanzlerkandidat anzutreten?“ Darauf habe ich gesagt: „Erstens muß dann festgestellt werden ‚he lewet noch‘, und zweitens bin ich ein Demokrat.“ Meine Bitte ginge dahin, daß meine eigenen Parteifreunde – nicht durch feierliche Erklärungen – mit dafür sorgen, daß ein solcher Verschleißprozeß gestoppt wird, damit ich für diese Partei mit Nutzen kämpfen kann. Und das möchte ich ja gerne tun.

15 Klaus Dreher (geb. 1929), Journalist; 1972–1993 Bonner Büroleiter der „Süddeutschen Zeitung“. – Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 11. März 1970 „Kiesinger denkt an Rücktritt“.

16 In der Vorlage: Rahmann. – Interview von Harald O. Hermann mit Kiesinger, vgl. „Münchener Merkur“ vom 13. März 1970 „Weg für den Nachfolger bereiten“.

Kohl: Ich habe den Eindruck, daß das, was da so unterschwellig an Personaldiskussion seit Wochen läuft, natürlich uns allen – auch denen, die genannt werden – furchtbar schadet und der Partei vor allem. Aber man muß natürlich eines sehen, das hängt auch ein bißchen damit zusammen, daß die Führungsrolle der Partei in dieser ganzen Situation der Politik nicht deutlich genug hervorgetreten ist. Das fängt an mit einer Frage, die wir vorhin hatten, die ganz peripher ist von der Sache her, die aber nach dem, was ich gerade gelesen habe, daß morgen früh in Köln der Bundesarbeitskreis der CSU-Freunde gegründet wird¹⁷, natürlich jetzt wiederum über das Wochenende eine ganz blödsinnige Publizität gewinnt, weil einfach die Frage auftaucht, ist die Partei bereit, das zu tun. Das ist gar nicht etwa ein Hintenansetzen der absolut notwendigen Funktion der Bundestagsfraktion. Da springt ein ganz anderer Bereich mit hinein, über den ich viel Grund habe, manches ärgerliche Wort zu sagen, wie etwa die Kooperation im Bundesrat selbst, wo ja doch wichtige Entscheidungen anstehen. Ich will das einmal an dem für uns lebenswichtigen Beispiel darstellen, was jetzt im Zweiten Deutschen Fernsehen passiert. Da werden in den nächsten 1 ½ Jahren Weichen für wichtigste personalpolitische Entscheidungen gestellt, die möglicherweise auf zehn Jahre wirken. Das fängt an beim Intendanten¹⁸, und es sind allein drei der fünf oberen Leute, die hier zur Diskussion stehen, etwa die Frage der Wiederwahl, etwa die Frage eines Arrangements mit den Sozialdemokraten – was von deren Seite angeboten wird –, die Frage, was tun wir im Verwaltungsrat. Wir haben aus Gründen der Courtoisie, wie wir das immer in der CDU gemacht haben, alles immer so beim alten belassen. Ich will die Sache jetzt mal ganz negativ darstellen. Die Entscheidung fällt in der Ministerpräsidentenkonferenz, je nachdem. Jetzt haben wir ein Verhältnis 3:2 zu unseren Gunsten. Geht die Sache nun schief, wobei ich Niedersachsen sozusagen mal neutralisiere; kommt Niedersachsen hinzu, so ist unsere Position besser. Kürzlich sprach mich Herr Wischnewski¹⁹ an, sie wollen das ganze im Sommer erst angehen. Warum wohl? Weil sie im Augenblick damit rechnen, daß sie im Sommer möglicherweise eine Stimme haben, die sie jetzt nicht haben. Sie spekulieren eindeutig auf ein positives Ergebnis an der Saar. Das merkt man aus allen möglichen Anzeichen. Ich prophezeie Ihnen jetzt schon, sollte die Entscheidung an der Saar gegen uns laufen, werden die ganz entscheidungsfreudig werden und in ganz kurzer Zeit alles zumachen, was überhaupt zuzumachen ist. Wir haben jetzt verhindern können diese gesamte Frage, weil so phan-

17 Vgl. Anm. 2.

18 1971 stand die Neuwahl des ZDF-Intendanten an. Karl Holzamer wurde in seinem Amt bestätigt. Der Vorschlag von Heinz Kühn, Paul Mikat zur Wahl zu stellen, wurde nicht angenommen. Vgl. „Wiesbadener Tageblatt“ vom 14. Januar 1971 „Die Wachablösung findet nicht statt“; „Rheinische Post“ vom 13. Januar 1971 „Kühn wollte CDU-Mann zum ZDF ‚fortloben‘“. Auch schien die Besetzung der Stelle des Anfang 1970 fristlos gekündigten Chef dramaturgen, Wolfgang Hammerschmidt, notwendig. Das Arbeitsgericht Mainz erklärte jedoch am 16. Juni 1970 die Kündigung für unwirksam („Spiegel“ Nr. 26 vom 22. Juni 1970 S. 139 f.).

19 Hans-Jürgen Wischnewski (1922–2005), Metallarbeiter; 1966–1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1972 Bundesgeschäftsführer der SPD. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 616 Anm. 21.

tastisch die Baracke nun auch wieder nicht arbeitet. Sie haben nichts gemerkt im Zusammenhang mit der Zusammensetzung des Fernsehrates. Unsere Fernsehratsposition ist genau die gleiche geblieben. Das einzige, was sich verschlechtert hat, ist das Deputat der Bundesregierung. Wir haben ja zu Zeiten unserer Bundesregierung die FDP-Leute drin behalten. Die schmeißen natürlich unsere Leute raus, was z. T. allerdings nicht sehr ins Gewicht fällt, weil unsere Leute sowieso nie da waren, die die Bundesregierung in den Fernsehrat delegiert hatte. Ich will da jetzt gar nicht nachfassen, ich will es nur in Erinnerung rufen, wie es eben wirklich war. Aber ich will das als ein solches Beispiel nehmen für das, was ich eigentlich von mir aus vortragen wollte im Anschluß an das, was Herr Dr. Barzel vorhin andeutete zum Thema Strategie der Opposition. Das ist nicht eine Frage einer Gesetzesvorlage, sondern daß wir rundum erleben, daß die die Schotten dort, wo sie können, dichtmachen. Und bei uns tun sich sogar eine Reihe vorher gar nicht so gesehener Chancen auf. Das muß man auch sehen. Was sich jetzt an Entwicklungen und Diskussionen in Rundfunkhäusern und Rundfunkstationen ergibt, da steckt eine Menge für uns drin. Aber ich glaube, das wichtigste ist, daß jetzt deutlich wird, daß die CDU/CSU nicht durch viele Stimmen spricht – es können ruhig Nuancierungen drin sein –, aber, daß das Wollen da ist, daß wir die aus dem Sattel werfen, daß wir siegen wollen und daß wir uns nicht in einen personellen Knatsch hineinbringen lassen. Denn der Unterschied zu der Situation damals mit Ludwig Erhard, die ja auch keine schöne Situation war, ist ja immer noch der, daß wir damals an der Macht waren, als wir dieses Spiel getrieben haben. Aber heute treiben wir dieses Spiel, obwohl wir gar nicht an der Macht sind und doch erst wieder dran wollen. Und das ist immerhin ein zusätzlich bedenkliches Argument.

Kiesinger: Ich möchte die Sache kurz noch einmal zurückführen auf den Kern. Ich wußte ganz genau vor der Bundestagswahl, was passieren würde, wenn wir die Wahl verlieren würden. Das Menschliche war zu erwarten: Katzenjammer. Und das wendet sich dann mit einer gewissen Naturnotwendigkeit im Ressentiment gegen den führenden Mann und vor allen Dingen gegen den, der so hoch gestellt wurde im Wahlkampf: „Auf den Kanzler kommt es an“. Vor allem fragte ich mich aber, wie wird das nun weitergehen mit unseren Gegnern. Ich wäre sehr beunruhigt gewesen, wenn sie aufgehört hätten, auf mich zu schießen. Das haben sie glücklicherweise nicht getan. Der „Spiegel“ beehrt mich jede Woche mit einem Angriff. Bei denen fing das an. Vor kurzem kommt mein Assistent und läßt sich von einem CSU-Mann sagen: „Was, Du bist bei dem Kiesinger? Ergreife schleunigst die Flucht, denn von den Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen haben von 53 angeblich 47 gesagt, sie wollen den Kiesinger nicht als Redner haben.“ Nun, man wird ja sagen können, wie die Sache wirklich ist. Das wird von dem gesagt, wir gehen der Geschichte nach, und da kommt also heraus, daß zwei „Spiegel“-Leute herumgelaufen sind und diese Geschichte kolportiert haben und daß dahinter ein paar unbedachte, dumme Äußerungen von einigen unserer jungen, forschenden Leute standen, die sich inzwischen davon distanzieren haben, die das bedauert haben. Aber die Äußerungen sind da, die natürlich der Sache dieser Partei ungeheuren Schaden tun. Diese ständigen Schwätzereien – und ich erfahre ja schließlich von den Journalisten, wer was schwätzt – hätten mich veranlassen müssen, einen fürchterlichen

Krach mit allen möglichen Leuten anzufangen. Was hat das für einen Sinn? Für mich kommt es darauf an, daß der Sache dieser Partei nicht geschadet wird. Nun gibt es natürlich innerhalb der Partei nicht nur den Freundeskreis der CSU, sondern Leute, die immer schon, vorher, mit dem Wahlkampfstil von mir nicht einverstanden waren und meinten, der Wahlkampfstil von Franz Josef Strauß ist der einzig erfolgsversprechende. Tatsache ist, daß alle Nachforschungen ergeben haben, daß er nicht der erfolgsversprechende war. Das steht fest. Aber es gibt eine Minderheit, auch in der CDU, die das nicht akzeptiert, die wollen eine robustere Art. Das mischt sich hinein in diese Dinge, und es kommt schließlich hinzu, daß die Fraktion natürlich formiert war und daß der Fraktionsvorsitzende von diesem Umstand mit Kraft Gebrauch gemacht hat vom ersten Augenblick an und daß dabei die Partei, die sich noch in einem desolaten Zustand befand, in dem sie sich eigentlich immer befunden hat, weil ja das politische Entscheidungszentrum neben der Fraktion im Bundeskanzleramt war, daß die erst aufbauen mußte. Und das haben wir ja getan, und zwar mit aller Energie, mit aller Konsequenz und Stetigkeit. Aber das ist natürlich nicht nach außen gedrungen. Und es ist einfach eine Frage, wie man dieser Unruhe, die z. T. von außen hereingetragen wird, z. T. von innen geschürt wird, begegnet. Richtig ist, daß ich mit einigen Freunden Gespräche geführt habe, im ganz kleinen Kreis, und zwar zunächst, weil man zu mir gekommen ist in Freundschaft und gesagt hat, hör mal, Du mußt wissen, was da vor sich geht. Nun, ich wußte es von selber und habe gefragt, wie soll man sich in einer solchen Situation verhalten, und zwar ausschließlich im Blick auf das Wohl dieser Partei. Das war der Hintergrund. Und daß da irgendeiner offenbar geschwätzt hat, das war nicht zu vermuten, denn ich hatte diese Leute ausgesucht, nicht nach ihrer institutionellen Stellung in der Partei, sondern nach meinen persönlichen freundschaftlichen Beziehungen seit langer Zeit zu ihnen. Dabei ist nicht eine Rücktrittsabsicht von mir ausgesprochen worden, sondern die Frage behandelt worden, wie ist das 1973. Wir müssen uns diesen schrecklichen Giftfragen entziehen. Wir können doch jetzt nicht Erklärungen abgeben, so wird es oder so oder so. Ich sage immer, das ist meine Aufgabe. Ich bin gewählt worden zum Parteivorsitzenden für diese zwei Jahre, und diese Aufgabe werde ich mit aller Energie ausfüllen. Und das ist, glaube ich, die Richtung, in die wir alle miteinander gehen müssen.

Stingl: Ich möchte ein paar Bemerkungen machen im Anschluß an Herrn Dr. Kohl. Sie gehören an sich nicht zur Strategie, ich hätte das eigentlich unter dem Punkt „Verschiedenes“ gebracht; aber jetzt scheint mir doch der Zeitpunkt, daß wir auch einmal über solche Sachen nachdenken sollten. Herr Vorsitzender, Sie haben eben gesprochen über Dinge, die wir doch schon kennen. Aber morgen wird im BdV ein neuer Präsident gewählt. Haben Sie sich auch darum gekümmert? Es scheint so, als ob morgen zwei CDU-Leute gegeneinander kandidieren, Herr Riedel²⁰ und Herr Czaja²¹.

20 Clemens Riedel (1914–2003), Bäckermeister; 1945 CDU, 1946–1949 Mitglied im Landesvorstand der CDU Thüringen, 1954–1970 Vorsitzender des Mittelstandsausschusses der CDU Hessen, 1957–1972 MdB, 1965–1973 MdEP.

21 Dr. Herbert Czaja (1914–1997), Oberstudienrat; 1946 CDU, 1947–1953 Stadtrat in Stuttgart,

(Kiesinger: Riedel ist mir neu.) Das habe ich vorhin gehört und ich fände es merkwürdig, wenn das noch nicht bis an die Spitze gedrungen ist, denn um solche Sachen muß man sich kümmern.

Haben Sie sich überlegt, ob Sie in diesem Jahr mit dem Namen Bundeskanzler a. D. bei den großen Vertriebenentreffen auftreten? Sie haben mich alle bei der letzten Vorstandssitzung – Sie, der Generalsekretär und Herr Katzer – bestürmt, ich sollte unter allen Umständen die Union der Vertriebenen weiterführen. Ich habe gesagt: „Nein, ich kann es nicht, weil ich nicht reagieren kann von da.“ Ich habe z. B. einen Vorschlag gemacht, wie man in Nordrhein-Westfalen diesen Kreis auch anspricht, auch wenn viele von Ihnen glauben, diese 0,9 % können nichts ausmachen. Wenn man rechts liegen läßt, der steht einmal rechts, genauso wie viele Arbeiter, weil man sie links liegen ließ, von uns links gewählt haben am Ende. Diese Dinge müssen doch beachtet werden. Es ist also in der Sache mir eine klare Absage gegeben worden, ein Vertriebenenkongreß käme nicht in Frage. Wenn Sie die Freundlichkeit hätten zuzuhören, würde ich Ihnen jetzt gleich meine Meinung unterbreiten, daß Sie am 8. Mai dieses Jahres – 25 Jahre Waffenstillstand – unter allen Umständen für die CDU einmal etwas zu diesem Problem sagen müssen. Ich behaupte nicht, daß Sie etwas Weinerliches oder sonst sagen sollen, sondern zu dem Problem überhaupt – 25 Jahre Waffenstillstand. Was wäre geeigneter gewesen, als diesen Kongreß dazu zu benutzen, nämlich gerade unter den Vertriebenen einmal nicht die Tour zu reiten, die – ich muß es sehr kritisch sagen – Herr Becher²² doch gelegentlich reitet. Wo bleibt die Unterstützung, daß Herr Schütz²³ oder ich uns gegen solche Kreise wehren? Nein, wenn wir eine Bitte vortragen, es wird hier einfach nicht gehört.

Ich bin heute eine Stunde später gekommen, wie Sie gemerkt haben werden, obwohl ich drei Stunden hergefahren bin mit dem Wagen, selber am Steuer, weil ich in einer Vorstandssitzung der Bundesanstalt sein mußte, in der in einer schönen Einigkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mir der Vizepräsident²⁴ freigestellt wurde, nicht mehr mit einer Abteilung versehen und einer, der auf Wunsch der Arbeitnehmergruppe in meinen Geschäftskreis hineingegeben wurde als Abteilungsleiter. Arbeitgeber und Arbeitnehmer schön gemeinsam. Nur die öffentliche Bank, sogar ein Sozialdemokrat, hat sich der Stimme enthalten.

Diese Dinge gehören mit dazu, genauso wie der Rundfunkrat. Ich habe mein Amt, das ich als CDU-Mann im Wochenschau-Beirat bekam, nicht mehr ausüben wollen,

1953–1990 MdB, 1970–1994 Präsident des BdV. Vgl. Christine Maria CZAJA (Hg.): Herbert Czaja. Anwalt für Menschenrechte. Bonn 2003.

22 Dr. Walter Becher (1912–2005), Journalist; 1950–1962 MdL Bayern (CSU), 1965–1980 MdB, 1968–1982 Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Memoiren: Zeitzeuge. Ein Lebensbericht. München 1990.

23 Hans Schütz (1901–1982), Angestellter; 1946–1969 Vorsitzender der Ackermann-Gemeinde. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 479 Anm. 79.

24 Walter Henkelmann (geb. 1912), Gewerkschaftsfunktionär; Abteilungsleiter beim DGB-Bundesvorstand, 1952–1969 Vertreter der Arbeitnehmer im Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit, ab 1970 deren Vizepräsident.

habe das der Fraktion im November geschrieben und habe gestern eine Antwort bekommen. Schließlich und endlich meine ich, mir könnte man auch etwas früher antworten. Und ich habe Ihnen, Herr Vorsitzender, einen sehr langen Brief geschrieben, da habe ich auch noch keine Antwort darauf.²⁵ Die Dinge gehören auch dazu. (*Kiesinger*: Wir haben aber inzwischen darüber gesprochen.) Mit mir haben Sie nicht gesprochen. Über den Kongreß haben Sie mir noch nichts gesagt.

Barzel: Ich möchte gern zu dem Punkt auch etwas sagen, den Herr Echternach angeschnitten hat und über den Herr Dr. Kohl und der Herr Vorsitzende gesprochen haben. Ich halte das Gerede, das entstanden ist – aus welchen Gründen immer – für unverantwortlich, für schädlich und töricht. Wir haben hier beschlossen, auf dem Parteitag den Bundeskanzler Kiesinger für zwei Jahre zur Wahl vorzuschlagen, mit meiner Stimme. Ich halte das nach wie vor für richtig. Wenn es uns nicht gelingt, glaubhaft das anzustellen, dann sind wir dabei, uns auf eine ganz schiefe Bahn zu begeben. Wenn die Diskussion dieser Frage nicht aufhört, an der ich mich bis zur Stunde weder direkt noch indirekt anders als in der öffentlichen Weise – und das weiß jeder, wie das zu dem Vorsitzenden der Partei geschehen ist – geäußert habe, ich bin an keinem dieser Vorgespräche und an keinem dieser Pressedinge beteiligt, wann das nicht aufhört, dann tritt ein Punkt ein, an dem für mich, den Rainer Barzel, nicht nur eine Beteiligung an solchen Gesprächen, sondern auch eine Beteiligung an Zurverfügungstellung der Führungsposition in dieser CDU nicht mehr in Betracht kommt. Das ist das erste, was ich sagen wollte. Ich hätte es natürlich gern gehabt, um das hier mal deutlich zu sagen, daß, wenn schon solche Gespräche geführt werden, ich dann nicht hinterher von anderer Seite davon höre.

Und nun, Herr Dr. Kohl, Ihr letzter Satz. Will man wirklich die Regierung stürzen? Ich danke, daß Sie so offen gesprochen haben. Nun, ich bin nicht der Erfinder von Vokabeln wie Strategie und Taktik. Ich habe das neulich in einem Kreis gesagt, ich hatte den Vorzug, im Krieg Fliegereinsätze sowohl strategischer wie taktischer Art geflogen zu haben; ich habe nie begriffen, wieso meine Vorgesetzten den einen Einsatz so und den anderen so bezeichnet haben. Deshalb bin ich hier nicht so sicher, ob ich der zuständige Partner wäre. Nur für die Strategie der Opposition, soweit sie die Bundestagsfraktion betrifft – und nur dafür spreche ich –, gibt es zwei mögliche Denkmotive. Entweder man sagt, gut, wir waren 20 Jahre dran, wir brauchen vier Jahre für die Erneuerung. Zugleich braucht das deutsche Volk vier Jahre tiefer Einsicht, daß Sozialismus nicht geht. Also setzen wir alles auf 1973, knallen durch die Luft, lehnen alles ab, machen 1972 ein neues Programm und eine neue Mannschaft mit einer neuen Führung. Das sind potentielle Erwägungen; Erwägungen, die ich nicht teile, weil ich sie für lebensgefährlich halte aus Gründen, die der Vorsitzende in kleinen Kreisen gesagt hat. Denn bei der Olympiade²⁶ ist das alles vergessen von Erfurt bis zur jetzigen Wirtschaftslage. Wenn die Deutschen sich anstrengen und ein paar Goldmedaillen mehr

²⁵ Nicht ermittelt.

²⁶ Vgl. Nr. 2 Anm. 12.

als sonst machen und auf dem Fernsehschirm von Heinemann bis Vogel dauernd alles ausfüllt, dann wird das süße Gift des Sozialismus gewirkt haben. Ich würde also diese Strategie, auf 1973 zu setzen, so sympathisch sie wäre im Interesse der Partei, für fundamental falsch, für einen Ritt über den Bodensee halten.

Wenn es das nicht ist, wenn wir also jeden Tag gucken, wie stürzen wir diese Leute, dann müssen wir jeden Tag an den Bedingungen arbeiten. Und dann rede ich ehrlich nicht mehr von Strategie unserer Politik im Bundestag – ich hoffe, die Partei entwickelt eine Strategie, die langt uns jetzt, das ist die Arbeit, die mir vorschwebt –, sondern dann ist diese Politik im Bundestag taktisch. Da nimmt sie in dieser Woche Rücksicht auf die Kommunalwähler von 1,2 Mio., da nimmt sie in der nächsten Woche Rücksicht auf die Wahl in Hamburg. Ich finde das zum Kotzen! Denn der Notleidendste dabei ist der Fraktionsvorsitzende. Dann nimmt sie in der Woche darauf Rücksicht auf den kommenden SPD-Parteitag, um zu sehen, will sie die Jusos stärken oder den Helmut Schmidt oder will sie alle durcheinander bringen und damit die Koalition stören. Und dann geht das so weiter, ich brauche das hier gar nicht auszuführen. Und die Forderungen, die unsere Freunde aus Hamburg an die Bundestagsfraktion stellen, sind anderer Art als die aus Nordrhein-Westfalen, die von Hessen sind anderer Art als die aus Bayern und die vom Saarland. (*Kiesinger*: Und aus Niedersachsen.) Von unseren niedersächsischen Freunden habe ich gar nicht gesprochen, weil das natürlich fundamental in das Bild gehört. Ich bin dafür, wenn Sie können, packen Sie zu, Züge fahren nicht so oft. Das heißt, so muß man reden.

Und nun nehmen Sie eine praktische Frage. Ich würde gerne eine gesellschaftspolitische Initiative ergreifen in der Frage der Vermögensbildung, ich würde gerne im Mai über die Mitbestimmungsfrage eine Antwort haben. Kann ich nicht. Mitbestimmung ist tabu für die Fraktion, da brauchen wir erst einen Parteitag. Aus. Die Nordrhein-Westfalen brauchen eine Antwort, liegen mir auf der Seele – und Fähigkeit der Fraktion? Die Bayern wollen eine andere Antwort. Gebe ich jetzt eine Antwort für Nordrhein-Westfalen, sind die Freundeskreise ein Kinderspiel von dem, was wirklich in der Politik passiert. Wir wissen doch, wovon wir hier reden. Wir reden doch nicht von Freundeskreisen, sondern wir reden von einer ernsten Spannung, die von personalpolitischer Bedeutung für die Zukunft ist. Das ist doch der Punkt, um den es hier geht, und der muß doch so auf den Tisch gelegt werden. Das heißt mit anderen Worten: Wenn es unsere Absicht ist – Herr Dr. Kohl und ich stimmen dem zu –, sobald wie möglich diese Regierung zu stürzen, dann sieht die Strategie der Opposition, der Fraktion – ich spreche nicht von der Partei – leider anders aus, als sie mir sympathisch wäre.

Und an dieser Stelle muß ich ein Wort sagen zu der Deutschlandpolitik. Ich weiß nicht, ob das alle verstehen, was wir machen. Wir bemühen uns jedenfalls, es selbst zu verstehen. Wir haben es zu tun mit einer Majorität, die bereit ist, wenn man sie einmal im Bundestag stellt, die Oder-Neiße-Linie wegzugeben und die DDR anzuerkennen. Und es ist ein Kunsthandwerk gewesen, über fünf Monate dies wenigstens z. T. zu verhindern. Darüber haben wir gesprochen am 12. Dezember, ob das richtige sei oder das andere, und wir alle waren einig in der Meinung, die ich vertreten habe. Und ich bin der Meinung, wer dauernd in die Luft ballert, wird nicht gehört. Wer schießt, muß

treffen. Und wenn die stärkste Fraktion schießt, muß sie treffen, auch um einen weiteren Schritt zur Veränderung der Verhältnisse hier herbeizuführen.

Wenn das die Lage ist, dann kann die Strategie der CDU nur von der Partei her ausgehen. Man muß das, was an Erneuerungen notwendig ist, was ich gerne in der Fraktion gemacht hätte, auch programmatisch, auch in der Gesetzgebung tun, was ich aber, wenn Sie diese Forderungen an uns stellen – und Sie sind ja einmütig darin, und die Fraktion denkt auch so –, nicht kann. Da muß hier die Partei die Erneuerungsakzente setzen, während wir leider in den tagespolitischen Geschäften verpflichtet sind, uns im Interesse der Partei zu verschleißen. Ich hoffe nur, daß beide Funktionen als im Interesse der Partei mindestens gleichrangig bewertet werden. Ich danke Ihnen!

Dregger: Ich möchte Herrn Dr. Barzel zustimmen. Die Personaldiskussion ist miserabel. Sie kann nicht durch den Vorsitzenden beendet werden, sondern nur durch uns, indem wir erklären, wir stehen hinter unserem Vorsitzenden. Und wenn wir nicht mehr hinter unserem Vorsitzenden stehen, müssen wir das dem Vorsitzenden sagen und nicht irgendwelchen „Spiegel“-Redakteuren. Ohne ein Mindestmaß von Solidarität kann auch eine Partei nicht existieren. Was die Strategie angeht, bin ich allerdings auch der Meinung, daß wir die Politik nicht allein der Fraktion überlassen können. Die Fraktion spielt eine sehr wichtige Rolle, aber sie darf nicht die einzige sein, die eine Rolle spielt. Es ist also dringend notwendig, daß wir das Thema „Strategie der Opposition“ auf der nächsten Sitzung in der angedeuteten Weise behandeln. Und ich möchte dringend darum bitten, das Augenmerk nicht nur auf die Bundespolitik zu richten, sondern genauso auf die Landespolitik, auf die Stadtpolitik und auf die Kommunalpolitik. Das hat diese Partei ja 20 Jahre lang versäumt, und ich meine, dieses Versäumnis muß aufhören. In Hessen haben wir erfreuliche Erfolge jetzt wieder gehabt bei den Kommunalwahlen. Wir haben den Oberbürgermeister in Marburg²⁷ gestellt, obwohl wir vor der letzten Kommunalwahl nur sieben von 37 Stadtverordneten hatten. Und bei den Gemeinde-Neugliederungen haben wir überall Gewinne und die SPD überall Verluste gehabt. Wenn wir diesen Weg nicht gehen, daß wir die Basis erstmal wieder schaffen für diese Partei, dann können wir auch nicht mit großen Erfolgen rechnen. Richtig ist, was Herr Dr. Barzel sagt. Wir müssen versuchen, wenn es nur irgend geht, diese Regierung zu stürzen, denn es wird 1973 noch schwerer sein als in diesem Jahr. Und wir müssen natürlich unserer Fraktion je nach der Lage einen gewissen taktischen Spielraum lassen.

27 Walter Wallmann war am 28. Februar 1970 mit 19:18 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt worden. Die SPD erhob vor dem Kasseler Verwaltungsgericht Anfechtungsklage gegen die Wahl, die daraufhin wiederholt werden mußte. Bei der Wahl am 2. Juni 1970 wurde Hanno Drechsler (SPD) zum Oberbürgermeister und Nachfolger Georg Gaßmanns (SPD) gewählt. Vgl. dazu FAZ vom 2. März 1970 „Die CDU siegt im Marburger Rathaus“; „Wiesbadener Kurier“ vom 30. Mai 1970 „Marburger OB-Wahl wird wiederholt“; FAZ vom 3. Juni 1970 „Überraschender SPD-Sieg in Marburg“. – Dr. Walter Wallmann (geb. 1932), Jurist; 1966–1972 MdL Hessen, 1972–1977 MdB, 1977–1986 Oberbürgermeister von Frankfurt/Main, 1982–1991 Vorsitzender der CDU Hessen, 1986/87 Bundesminister für Umwelt, 1987–1991 Ministerpräsident von Hessen. Vgl. LEXIKON S. 392 f.

Kiesinger: Also, meine Damen und Herren, nun muß ich doch etwas dazu sagen, sonst erscheine ich ja als derjenige, der an diese Fragen gar nicht gedacht hat. Selbstverständlich ist das alles richtig, was hier gesagt worden ist. Und ich muß vor allem betonen, daß ich die Situation des Fraktionsvorsitzenden durchaus sehe, in all der Chance, die sich bietet, aber auch in all dem Mühsal und all dem Risiko. Ich sagte, die Fraktion war formiert, sie war da, und diese Kraft ist vom Fraktionsvorsitzenden mit Energie eingesetzt worden. Die Partei war einfach nicht formiert. Sie war nicht fähig, diese Rolle der Opposition sofort deutlich sichtbar nach draußen zu übernehmen. Zudem fand auch noch ein Personalwechsel statt. Wir mußten uns nach einem neuen Bundesgeschäftsführer²⁸ und Parteisprecher²⁹ umsehen. Wir haben nun also angefangen, im Parteipräsidium eine Aufgabenverteilung vorzunehmen. Die Parteiarbeit in allen Bereichen außerhalb der Fraktion muß sich in der Tat erstrecken im Bunde auf den Bundesrat als einem sehr wichtigen Kampfinstrument für die Zukunft bei allen Problemen, die sich dabei stellen. Und die Koordinierung der Arbeit des Bundesrats haben wir ja Herrn Dr. Kohl übertragen. Er ist auf Schwierigkeiten gestoßen, er hat es angedeutet, und diese Schwierigkeiten werden sich nicht so leicht überwinden lassen. Natürlich haben einige unserer Herren mit ihrer Koalition Not, und es ist nicht so ganz leicht, sich da durchzusetzen. Diese Koordinierung mit der Bundespolitik ist notwendig. Danach ist natürlich notwendig das Problem Umweltbedingungen. Das ist ein Kapitel, an dem sind Bund, Länder und Gemeinden beteiligt. Und hier kann nur die Partei eine Konzeption entwickeln, denn dies muß in den Bundesgremien, also Fraktion und Bundesrat, dies muß unter den Ländern und irgendwie im kommunalen Bereich dann durchgesetzt werden. Das ist ein ganz großes Thema, dafür ist die Partei selbstverständlich verantwortlich. Damit Sie auch wissen, wie wir praktisch arbeiten: Es trifft sich jeden Mittwochabend der Parteivorsitzende, der Generalsekretär, der Bundesgeschäftsführer, um die Lage zu besprechen und vorzubereiten die Sitzungen des Parteipräsidiums. Wir haben lange hin und her beraten, wann die Sitzungen des Parteipräsidiums stattfinden sollten. Da waren manche widerstrebende Interessenlagen zu berücksichtigen. Wir sind jetzt darauf gekommen, daß wir statt des zunächst vorgesehenen Freitag, der sich aus vielen Gründen als einfach nicht durchführbar erwiesen hat, den Montagabend zu nehmen, was z. B. vor allem für den Fraktionsvorsitzenden eine schwere Belastung bedeutet, denn am Montag ist für ihn natürlich ein sehr schwerer Tag, da ist Elferrat, Fraktionsvorstand usw. und abends dann noch eine schwierige Beratung im Parteipräsidium. Aber wir haben keine andere Zeit, wir müssen die nehmen.

Im Rahmen dieser Aufgabenverteilung im Präsidium ist es etwa so, daß Herr Dr. Kohl, der ja ohnehin die Programmkommission leitet, für den Programmparteitag die Koordinierung mit den Ländern und Bundesrat übernommen hat neben ein paar anderen Aufgaben. Ich habe Herrn Kollegen Schröder gebeten, sich um das Gebiet der Außenpolitik insgesamt zu kümmern, Herrn Stoltenberg um Wirtschaft und Finanzen,

28 Rüdiger Göb wurde Nachfolger von Konrad Kraske. Vgl. Nr. 5. S. 170.

29 Willi Weiskirch folgte Arthur Rathke nach.

Herrn Katzer um Gesellschaftspolitik und Frau Kollegin Wex um Bildungspolitik, Kulturpolitik. (*Dregger*: Wer macht denn Personalpolitik?) Das ist eine durchaus berechtigte Frage. Wir haben festgestellt, daß die SPD in der Baracke etwa 20 Referenten beschäftigt, die sich nur mit Personalfragen und Personalpolitik beschäftigen. Das ist einfach noch eine Lücke bei uns. Darüber kann Herr Dr. Göb gleich etwas sagen. Ich bin der Meinung, sie sollten es hören, wie wir uns die künftige Organisation der Bundesgeschäftsstelle vorstellen, denn diese primitiven Organisationsfragen sind ja die Voraussetzung für diese strategische Wirksamkeit der Partei. Und daran hat es einfach bisher gefehlt. Ich meine, ich selber hatte nun wirklich als Kanzler alle Hände voll zu tun, und aus diesem Grunde haben wir ja auch in Braunschweig die entsprechenden Entlastungsbeschlüsse gefaßt.³⁰ Aber jetzt muß da ernst gemacht werden. Vielleicht hören Sie jetzt mal von Herrn Dr. Göb, mit dem wir ja diese Dinge gründlich besprochen haben, wie sich nach seiner Vorstellung die künftige Arbeit der Bundesgeschäftsstelle abspielt.

Kohl: Können wir vielleicht erst noch die Debatte abschließen?

Amrehn: Im Verhältnis zu den gewichtigen Ausführungen der letzten Redner kann ich jetzt nur kleine Brötchen backen, aber ich halte sie auch noch für wichtig. Es ist ja heute hier gesagt worden, daß die Linie der Partei nicht allein gebildet werden kann von der Fraktion, sondern von der Partei. Das kann dann aber praktisch nur der Parteivorstand sein und zwischendurch das Präsidium. Aber dann muß der Parteivorstand auch mit großer Regelmäßigkeit und noch öfter, als wir das jetzt planen, und mit ganz klaren Themata zusammentreten und Ergebnisse der Diskussion festhalten.

Zweitens: Das Verlangen nach Führung kann nicht immer nur nach oben gerichtet werden, sondern das erstreckt sich auch auf die Mitarbeit, Solidarität und Einsatzbereitschaft der einzelnen Mitglieder von Vorständen und Fraktionen. Die Fraktion hatte gestern schriftlich jedes Mitglied gebeten, heute morgen um 9.00 Uhr pünktlich im Bundestag zu sein, weil wir eine Debatte erzwingen wollten. Und wir hatten die große Chance, heute zu gewinnen. Es waren nur 400 und einige Abgeordnete von 540 da. Aber bei der Auszählung waren wir 76 weniger als die Sozialdemokraten. Dann kann man keine Strategie betreiben.

Drittens: Es gehört zur Strategie als Voraussetzung die Organisation. Da werden wir gleich etwas von Herrn Dr. Göb hören. Aber die Organisation kann nur arbeiten, wenn sie ein Haus hat. Und deswegen sind ja gewisse Beschlüsse gefaßt worden, das Haus zu bauen und zu finanzieren. Und jetzt habe ich das alles in die Strategie eingepackt, um zu fragen, hören wir hier heute nichts über den Hausbau, für den ich mich ja mitverantwortlich fühle und zu dem ich gebeten habe vorgestern, daß die Beschlüsse hier heute vorgetragen werden sollen und vom Vorstand gebilligt werden sollen. Es geht ja immerhin um ein 25 Millionen-Objekt. Und da sonst niemand da ist, wäre ich bereit, darüber ein paar Worte zu sagen, allerdings auch mit der Absicht, um mit der

30 Auf dem Bundesparteitag in Braunschweig (22./23. Mai 1967) wurde beschlossen, das Amt eines Generalsekretärs einzuführen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 590–599; zur Diskussion auf dem Parteitag vgl. CDU, 15. BUNDESPARTEITAG.

Deckung des Vorstands aus diesem Saal zu gehen, weil ich finde, daß ein solches Riesenobjekt nicht einfach auf der Entscheidung einer Baukommission allein beruhen kann, die der Vorstand bestellt hat.

Kohl: Ich will anknüpfen an das, was Rainer Barzel in der Mitte seiner Passage gesagt hat. Ich will gar nicht in einen Streit einsteigen, ob Strategie und Taktik – ich bin in der Tat der Meinung, daß unter Strategie in der Politik das zu verstehen ist, was langfristig ist, was er mit Recht für die Partei hier gesagt hat, und daß in der Taktik sich eine Menge Entscheidungen ergeben, die sich aus der ad hoc-Entscheidung etwa im Bundesrat ergeben. Nach der Debatte heute früh ist die Debatte über die Haushalts-einbringung am nächsten Freitag im Bundesrat in einigen Punkten leichter. Das wurde etwa mit gleich gut abgestimmt. Da steckt etwas drin. Wir haben auch miserabel abgestimmt – das war ein ganz typisches Beispiel – in der Frage des Demonstrations-rechts.³¹ Aber das ist, Herr Dr. Barzel, ganz typisch eine Frage, wo man natürlich immer darüber reden muß, ob das noch eine taktische Frage ist aus einer ad hoc-Situation heraus oder ob nicht einmal ein Bundesvorstand der CDU – hier steckt ja eine Unmenge Politik auf lange Sicht drin – sich darüber unterhalten muß, ob hier eine „law and order-Politik“ betrieben wird oder ob man mal die Frage des Verständnisses der jungen Generation an diesem Punkt ansetzen muß.

Ich fürchte, ich würde hier mit meiner Meinung in eine sehr kontroverse Position zu einer Reihe hochachtbarer Parteifreunde in diesem Kreis kommen. Ich habe ja auch, wie Sie wissen, im Bundesrat eine andere Haltung eingenommen als weite Teile der Partei zu diesem Punkt. Aber das wichtigste ist: Wir können nur glaubwürdig Politik machen, wenn der Durchschnittsbürger wirklich weiß und alle unsere Taten darauf abgestellt sind bis hin zu dieser Personaldiskussion, die nicht sein soll und die es in der Form nicht geben darf, daß wir wirklich bereit sind, wenn es geht, die Regierung morgen abzulösen. Das kann durchaus in sich schließen, daß wir es erst in drei Jahren können. Das weiß ja keiner im Augenblick von uns. Aber wenn wir es für diese Legislaturperiode planen, stellt sich sofort die Frage „Wie“. Das ist ja nur zu planen, wenn wir erst einmal unseren Bestand erhalten und über unseren Bestand hinaus noch ein paar Stimmen dazugewinnen. Und im Gespräch mit diesem Kreis innerhalb der FDP kommt dann eben die Frage sehr stark, habt ihr wirklich den entsprechenden „drive“, an die Sache so ranzugehen, daß das unter Umständen den negativen Ausgang der Landtagswahl bedeutet, was jetzt eine ganz neue Komponente ist. Das ist nämlich ein Teil der Rechnung Scheel/Genscher gewesen, die Sache mit den Sozis zu machen unter der Voraussetzung, daß die CDU verhindert, daß die Sozis die absolute Mehrheit bekommen. Diese demoskopische Entwicklung zugunsten der SPD ist ein sehr starker Faktor zur Verunsicherung der Freien Demokraten, weil jetzt zunehmend viele, die im

31 Zur ersten Beratung über den von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Entwurf eines „Dritten Gesetzes zur Reform des Strafrechts“ (BT-Drs. VI/261) vgl. Sten.Ber. 6. WP 28. Sitzung am 30. Januar 1970 S. 1206–1219. Die Abstimmung fand in der 39. Sitzung am 18. März 1970 statt (vgl. Sten.Ber. S. 1942–1993). Zur Diskussion um das Demonstrationsstrafrecht vgl. Heiko DRESCHER: Genese und Hintergründe der Demonstrationsstrafrechtsreform von 1970. Diss. Uni Düsseldorf 2005.

Bundesvorstand der FDP sitzen, sagen: Ja, was wollt ihr denn, jetzt haben wir ja nur eine schwarze absolute Mehrheitsgefahr mit einer roten absoluten Mehrheitsgefahr umgetauscht. Und es ist ja für uns ungewöhnlich tröstlich, daß ausgerechnet unser Freund Genscher jetzt überall erklärt, die Gefahr, daß die CDU absinke, bestünde überhaupt nicht. Das ist doch genau das Singen im Keller, weil man kein Licht hat und nicht genau weiß, ob man die Treppe wiederfindet. Aber das setzt wiederum voraus, daß wir überhaupt die Bereitschaft fortdauernd erkennen lassen. Ich habe übrigens meine eigene Meinung dazu, ob es deswegen sehr klug war, daß das Abschlußergebnis über den Herrn Schultz³² unter dem eben genannten Gesichtspunkt so ausgefallen ist. (*Unruhe.*) Ich weiß. Ich weiß auch, kein Mensch guckt da rein. Entweder man hätte es ganz kaputt machen müssen, was auch drin war beim Ergebnis ... (*Barzel:* Nein, glauben Sie denn, daß Sie im letzten Augenblick die ganze Politik hätten umdrehen können?) Nein, ich will es ja nicht. Ich sage nur, man hätte entweder auf die Linie gehen müssen, man ist dagegen. Oder aber ich finde nun, wir hätten doch der FDP einen größeren Achtungserfolg zuspiesen müssen. Ich gebe gerne zu, bei der Person Schultz ist es sehr schwer, weil eben dann bei der Wahl viele sagen, die können mir lange etwas vorreden, ich denke nicht daran.

Barzel: Da haben wir doch aber beide vorher darüber gesprochen, Herr Dr. Kohl, bevor ich mich festgelegt hatte.

Kohl: Ja, ich bin einer Meinung mit Ihnen. Ich sage jetzt nur, das ist ja keine Frage der Fraktionsführung, aber das ist eine Frage des mangelnden Selbstverständnisses unserer eigenen Leute, auch in der Fraktion, die einfach dann sich sagen müssen, ob dem seine Nase mir paßt oder nicht, da muß ich eben unter Umständen eine taktische Entscheidung fällen. Und wenn wir das schon mitmachen, hätten ein paar mehr positive Stimmen herauskommen müssen. Das wäre besser gewesen für uns.

Barzel: Der Mann hat sicher 30 Stimmen von uns. Verlassen Sie sich darauf.

Kohl: Ja, gut. Aber in der FDP und auch in anderen Kreisen – lesen Sie die Zeitung darüber nach – wird es ja z. T. anders ausgelegt. Daß der mindestens 30 Stimmen von uns hat, das mag schon sein, aber ich bin eben der Meinung, das ist ein typischer Punkt, Herr Dr. Barzel, daß wir eben von der Basis her – das kann auch keine Fraktionsführung allein darstellen – gar nicht in der Lage sind zu begreifen, wenn wir das Spiel spielen der Verunsicherung, müssen wir an solchen Punkten etwa mit einem höheren Paket aufwarten. Und deswegen meine ich, liegt hier eine Chance drin, wenn wir als Partei Kraft zeigen. Aber das kann man eben nicht nur Einzelnen überlassen. Dazu gehört eben, daß das Präsidium voll aktionsfähig ist, und dazu gehört auch, daß der Bundesvorstand mit Vorlagen, Beschlußvorlagen usw. arbeitet.

32 Fritz-Rudolf Schultz (1917–2002), Landwirt; 1953–1957 MdL Rheinland-Pfalz (FDP), 1957–1970 MdB, 1970–1975 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. – Schultz wurde am 11. März 1970 mit 268 Stimmen gewählt (127 Nein-Stimmen, 50 Enthaltungen und vier ungültige Stimmen), vgl. Sten.Ber. 6. WP 36. Sitzung S. 1771. Die CDU/CSU-Fraktion hatte auf die Aufstellung eines Gegenkandidaten verzichtet, vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 30. Januar 1970 „Schultz soll Wehrbeauftragter werden“.

Schwarz-Schilling: Ich glaube, daß im derzeitigen Stadium die ganz präzise Aufteilung in Strategie und Taktik, Partei und Fraktion überhaupt nicht denkbar ist. Ich bin erstens nicht der Meinung, daß die Partei sich überhaupt Strategie im Moment leisten kann. Das ist eine jahrelange Aufbauarbeit. Wir müßten hier z. B., wenn wir ein Programm haben wollen, das einen echten Wurf hat, eine wissenschaftliche Institution dahinterhaben, die Vorlagen aus einem Guß liefert, an die dann die Politiker sich dranhaken. Und zum zweiten bin ich auch nicht der Meinung, daß die Fraktion jetzt nur die Aufgabe der Taktik hat. Ich möchte vielmehr umgekehrt sagen, daß sich die Fraktion weniger an den Fragen von taktischen Landtagswahlkämpfen und ähnlichem orientieren sollte, sondern sie sollte eine langfristige Strategie auch von höherer Warte her betreiben. Ich bin also nicht dieser Meinung, weil hier gesagt wird, es besteht darüber im allgemeinen ein Konsens. Ich möchte daher ganz klar erklären, daß ich nicht diesem Konsens mich anschließe, weil die Fraktion in einer Oppositionsrolle die publizitätswirksamere und die CDU stärker im Öffentlichkeitsbewußtsein repräsentierende Funktion hat.

Barzel: Ich möchte nur einen Zwischenruf machen. Ich bin sehr froh, das zu hören, was Sie sagen. Aber Sie können natürlich nicht zugleich sagen, wir wollen möglichst in diesem Jahr die Regierung stürzen, wenn in der aktuellen Politik nicht die gebührende Rücksicht auf Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und die Landtagswahlen vorhanden ist. Das ist die Schwierigkeit in diesem Jahr. Ich hätte, wenn wir das Thema erörtert hätten, Ihnen deutlich gemacht, daß unser Gesetzgebungskatalog natürlich sehr wohl eine Strategie enthält. Ich habe mich nur an einem bestimmten Punkt hier verteidigen wollen, indem ich andere angegriffen habe.

Schwarz-Schilling: Zur Frage Strategie und Taktik: Wenn es nachher gegeneinander abgewogen werden muß, z. B. in diesem Jahr die Regierung zu stürzen, und das Risiko besteht, damit eine Strategie auf lange Sicht kaputtzumachen, dann würde ich immer für die Strategie auf lange Sicht votieren. Das ist eine Frage der Abwägung.

Nur möchte ich noch auf eins hinweisen, das jetzt ins Konkrete geht. Es ist offensichtlich dieser Fraktion noch nicht klar, daß diese Arbeit heute eine solche Präsenz erfordert, daß z. B. Plenarsitzungen von Programmkommissionen während einer Bundestagswoche ein Unding sind.³³ Wir von der Partei reisen heute vormittag aus allen Teilen der Bundesrepublik an und sitzen da mit einem kleinen Häuflein von drei oder vier Leuten, und da soll die Grundsatzdebatte zwischen Herrn Professor Erhard und Herrn Dr. Blüm über die entsprechenden Dinge der Sozialen Marktwirtschaft stattfinden. Wenn das nicht anders koordiniert wird zwischen Partei und Fraktion, dann wird auch langsam die Parteiarbeit brüskiert, denn ein zweites Mal kommt keiner mehr nach Bonn bei einer solchen Arbeitsweise. Das muß man auch mal in aller Offenheit sagen. Insofern ist also die Frage einer solchen präzisen Aufteilung ohne einen entsprechenden Apparat mit präziser Funktionsmöglichkeit undenkbar und illusorisch.

33 Protokoll der Sitzung der Kommission II (Soziale Marktwirtschaft) am 13. März 1970 in ACDP 07-001 AO Abt. III - Gruppe 3 Berliner Programm II. Fassung unverzeichnet.

Kiesinger: So ist es. Ich stimme Ihrer Auffassung zu, damit da gar kein Zweifel besteht. – Jetzt darf vielleicht doch mal Herr Dr. Göb darstellen, was da im Gange ist.

Göb: Jedwede Organisation muß der Aufgabe folgen, d. h. sie muß aufgabenbezogen sein. Wenn man die Aufgaben ganz grob klassifiziert, die wir haben, dann gibt es kurzfristige Aufgaben, mittelfristige und langfristige Aufgaben. Die kurzfristigen Aufgaben sind das Agieren und Reagieren im aktuellen politischen Tagesgeschehen. Das ist im wesentlichen Sache der Fraktion bisher gewesen, wobei man sagen muß, natürlich mußte die Fraktion sich auch erst finden. Diese neue Rolle war ihr auch unbekannt und fremd. Das pendelt sich jetzt ein. Die Fraktion hat einen Gesetzgebungskatalog bearbeitet, er ist im Elferrat besprochen worden, und wir haben koordiniert. Wir haben an der Sitzung des Elferrats³⁴ teilgenommen, der Parteivorsitzende, ich, und wir haben das auch in internen Gesprächen koordiniert. Das schließt nicht aus, daß die Partei auch zu aktuellen Grundsatzfragen von höchster Bedeutung natürlich Stellung nehmen muß, wie das heute etwa in der Frage der Deutschlandpolitik durch diesen Bundesvorstand geschehen ist. Hier ist also die Notwendigkeit einer Verklammerung der Arbeit der Fraktion mit der Arbeit der Partei, eine Notwendigkeit, die auch institutionell gesichert sein muß, z. T. durch Personenidentität, z. T. durch die Schaffung von Stäben, die zwischen Fraktion- und Parteiorganisation arbeiten. Beides ist in Gang, beides läuft. Wir können also sagen, daß in sehr absehbarer Zeit diese Koordinierung gefunden wird, wobei sich solche Pannen, Herr Schwarz-Schilling, natürlich nicht ausräumen lassen, wenn etwa im Elferrat Anfang dieser Woche beschlossen wird, aus Gründen des Tagesgeschehens jetzt einen Bundestagsantrag am Freitag zu stellen, der dann eben die höchste Präsenz erfordert.³⁵ Da sind wir machtlos, denn die Sitzungen der Programmkommission werden sehr lange vorher angesetzt und das kam also kurzfristig dazwischen.

Das zweite ist die mittelfristige Arbeit, eine Arbeit, die nachher ausmündet in Parteiprogrammen, auch in Einzelprogrammen, in Sachprogrammen, die wir in Zukunft sehr viel stärker als bisher voranbringen wollen über Fachkongresse, weil man in einem Parteiprogramm die Details ja doch nicht in aller Einzelheit hineinschreiben kann, und es natürlich schade ist, wenn all das, was an Wissen und an Wollen in dieser Partei ist, nur in einem Parteiprogramm sich niederschlägt. Hier spielt vor allem die Arbeit in der Parteiorganisation selbst eine Rolle, und hier ist es natürlich so, daß jetzt diese Partei in ihrer neuen Oppositionsrolle dem Apparat eine ganz andere Rolle zuweist, als es vorher war. Wir hatten vorher nicht die Notwendigkeit, ein Presse- und Informationsamt auszubauen, weil die Regierung eines hatte und der Bundeskanzler Parteivorsitzender war. Das haben wir aber jetzt nicht, und so werden wir also den Apparat umorganisieren und aus den vorhandenen vier Abteilungen sechs machen, wir werden auseinanderziehen die Pressearbeit und die Öffentlichkeitsarbeit, weil bei-

34 Am 9. März 1970 (Teilnehmerliste und handschriftliche Notizen zum Punkt Gesetzgebungsprogramm in ACDP 01–113–015/2).

35 Am 13. März brachte Gerhard Stoltenberg einen Antrag betr. Konjunkturpolitik der Bundesregierung ein (BT-Drs. VI/511), der abgelehnt wurde (Sten.Ber. 6. WP 38. Sitzung S. 1871–1873).

de unterschiedliche Ziele verfolgen und auch unterschiedliche Methoden deswegen haben müssen.³⁶ Wir werden außerdem stark ausbauen die politische Abteilung, die wiederum in Zusammenarbeit mit Stäben, mit Ausschüssen und mit der Programmkommission diese mittelfristigen Programme, die drei, vier, fünf Jahre gelten und immer wieder fortgeschrieben werden müssen, erarbeiten muß. Und wir werden, was eigentlich das allerwichtigste ist, eine Informationsabteilung ausbauen müssen, eine Abteilung, die nicht nur die Informationen sammelt, sondern sie auch umschlägt, die also die richtige Information zur rechten Zeit an den richtigen Mann bringt. Hier fehlt es zur Zeit nahezu völlig, was sich daraus erklärt, daß es bisher nicht notwendig war und daß man nicht einen solchen Apparat in zwei bis drei Tagen aufbauen kann. Das ist räumlich nicht möglich, wir sitzen [in] über 15 Stellen hier in Bonn. Es ist auch personalwirtschaftlich nicht möglich. Die richtigen Leute zur rechten Zeit zu finden, ist sehr schwierig. Aber immerhin haben wir auch auf dem Gebiet einige ganz hoffnungsvolle Fortschritte gemacht.

Das dritte ist die langfristige Arbeit, die kann nur wissenschaftlich gemacht werden, denn das ist eine Arbeit der Prognose, die uns also immer wieder die Ergebnisse liefern muß, an denen wir dann ausrichten können, wo ist was, und wo müssen wir hinein, wo sind Marktlücken usw. Das ist eine wissenschaftliche Arbeit, die von Wissenschaftlern geliefert und dann nachher in den Gremien der Partei umgesetzt werden muß, die dann rechtzeitig sehen, aha, unser Programm, das wir jetzt haben, wird in zwei, drei Jahren nicht mehr stimmen, da bahnt sich dieses und jenes an. Wir brauchen also eine längerfristige, zukunftsgerichtete, wissenschaftliche Arbeit. Auch hier muß dann wiederum die Verklammerung zwischen der Wissenschaft und dem, was in der Parteiorganisation zu machen ist, geleistet werden.

Ich muß dazu sagen, daß das, was wir jetzt nun ausbauen, natürlich kein Selbstzweck ist, sondern daß dieser Apparat nur Entscheidungsalternativen, Entscheidungshilfen produzieren kann, daß er das umsetzen kann, was die politischen Führungsgremien der Partei beschlossen haben und daß er das Bild der Partei in der Meinung der Öffentlichkeit machen kann über Öffentlichkeitsarbeit, wie es von den politischen Gremien der Partei beschlossen worden ist. Und deswegen kommt eine entscheidende Bedeutung natürlich der Arbeit des Präsidiums zu und natürlich auch der Arbeit des Bundesvorstands. Beide haben ja ihre Aufgaben in dem Statut der Partei zugewiesen bekommen. Wir versuchen – und haben ja schon bescheidene Ansätze gemacht –, auch die Arbeit des Präsidiums in eine Art Kabinettsstil hineinzubringen, d. h. also mit festgelegten Tagesordnungen, mit festgelegten Vorlagen. Und wir werden auch die nächste Sitzung des Bundesvorstands dann mit entsprechenden Beschlußvorlagen versehen können, so daß dann die Dinge abgehandelt werden können an diesen Beschlußvorlagen, die man billigen mag oder nicht mit Alternativentscheidungen,

36 Nach dem Stand vom 1. Juli 1969 existierten vier Abteilungen: Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung (Leiter Dr. Arthur Rathke), Organisation (Gerold Rummeler), Politische Sachreferate (Karl-Heinz Bilke), Verwaltung (Andreas Nathan). Ab 1. Juni 1970 waren es sieben: Innere Verwaltung, Personalplanung, Organisation, Politik, Öffentlichkeitsarbeit, Information sowie Presse, Rundfunk und Fernsehen.

einer systematischen Darstellung usw. Ich darf dazu sagen, daß das, was wir jetzt machen, natürlich eine vorläufige Organisation ist, die aus der Not des Augenblicks geboren wird, daß eine umfassende Reorganisation der Partei insgesamt, was das Funktionieren anbelangt, eine Systemanalyse bedingt, eine systemanalytische Untersuchung, die uns 1 ½ Jahre beschäftigen wird. Vielleicht gelingt es uns dann, in Anlehnung an diese wissenschaftlichen Arbeiten, die ja heute auch den Staat als Regelkreis funktionsfähig machen wollen, auch die Partei als Regelkreis funktionsfähig zu machen und dann entsprechende Planungstechniken unter Anwendung aller wissenschaftlicher Möglichkeiten für uns und diese Arbeit dienstbar zu machen. Aber das wird ein Jahr lang wenigstens noch dauern. Ich glaube aber, daß man mit dem, was im Augenblick geschieht, sehr hoffnungsfroh sein kann. Ich bin eigentlich sicher, daß auch die Ergebnisse dieser neuen Organisation, dieser neuen Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Apparates, sich recht bald niederschlagen werden auch in dem, was das Präsidium und der Vorstand dann liefern können und was sie bewältigen kann in der Arbeit.

Was die Personalplanung anbelangt, so glaube ich, es ist ganz eindeutig, daß sich ein gewaltiger Umwandlungsprozeß, ein gewaltiger Umschichtungsprozeß vollzieht, den wir sehr genau bedenken müssen. Die SPD ist dabei, mit einer unwahrscheinlich effektiven Planung eine Stelle nach der anderen zu besetzen, nicht nur in den Ministerien, was jetzt so groß herausgebracht wird, sondern auch in der Wirtschaft und in den Verbänden überall. Wir sehen also, daß beispielsweise – ich führe das nur als Beispiel an – Herr Krause³⁷ im Deutschen Beamtenbund als CDU-Mitglied, als Vorsitzender, jetzt den SPD-Mann, Herrn Fredersdorf³⁸, als stellvertretenden Vorsitzenden bekommt. Und da kann man, wenn wir nicht sehr aufpassen, damit rechnen, daß, wenn Herr Krause in drei Jahren wiedergewählt werden muß, er es sehr damit zu tun bekommt, daß nicht Fredersdorf an die Spitze kommt. Wir müssen also kolossal aufpassen. Die SPD macht eine unwahrscheinliche Personalplanung, sie hat einen unwahrscheinlichen Apparat dafür, während wir bisher Personalplanung machen mußten mit einem Apparat, den man eigentlich gar nicht beziffern kann, so klein war er. Auch das werden wir ändern. Wir werden nicht nur unsere Mitgliederkartei so aufbauen, daß wir nachher programmiert damit arbeiten können; wir werden auch eine echte Personalplanung mit Marktbeobachtung und all diesen Dingen nach den neuesten Erkenntnissen, wie es die Wirtschaft auch macht, aufziehen. Nur können wir auch das nicht in 14 Tagen, sondern das wird also einige Wochen und Monate dauern. Aber immerhin, wir haben Ansätze, und wir werden also alles tun, was in unseren Kräften steht. (*Dregger*: Auf welche Ebenen bezieht sich die Personalplanung? Wie weit geht das?) Die

37 Alfred Krause (geb. 1922); Bundesbahnoberamtsrat; 1959–1987 Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.

38 Hermann Fredersdorf (geb. 1924), Finanzbeamter; 1949–1951 Tätigkeit bei der Oberfinanzdirektion Münster/Westfalen, 1951–1957 im Finanzministerium Düsseldorf (zuletzt als Steuererrat), 1952–1978 (Ausschluß) SPD, 1957–1979 Vorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft, 1969–1979 stv. Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, 1979 Mitgründer der „Bürgerpartei“.

gesamte Personalplanung überall, Bund, Länder und Gemeinden. Es ist einfach ein Unding, wenn heute ein Bürgermeister irgendwo zu besetzen ist und man fragt, was haben wir denn für Kandidaten, und wir erst herumtelefonieren müssen und fragen: „Weißt Du einen?“ Wenn man das programmiert mit der Mitgliederkartei, dann drückt man einfach auf einen Knopf und hat soundso viele, und die Sache ist geregelt. Dazu gehört auch eine Marktbeobachtung, Berufserfassung und auch der Nachwuchs. Wir haben ja sehr viele Kräfte, die durchaus mitarbeiten wollen. Wir haben Stipendiaten, die wir dann so in der Gegend rumlaufen lassen, statt zu sagen, ihr habt jetzt bei uns hier euer Stipendium absolviert, jetzt passen wir mal auf, wo ihr hingehet. Und was wir auch tun müssen, ist ganz sicherlich, wir dürfen die Leute, die für uns gearbeitet haben, die jungen Leute dann nicht einfach hängen lassen, daß sie dann frustriert sind und daß sie dann das Bild haben, gehen wir zur CDU, dann sind wir so ungefähr auf dem Abstiegsgleis. Sondern wir müssen für die Leute, die für uns was getan haben, dann auch sorgen. Wir müssen ihnen entsprechende Posten in den Ministerien besorgen, was wir leider in der Vergangenheit nicht immer getan haben. Und wir müssen denen dann auch die entsprechenden Stellen in der Wirtschaft und überall in den Verbänden besorgen. Wir müssen also in diesem Punkt gewaltig umdenken. Aber auch das werden wir mit Ihrer Hilfe tun.

Kiesinger: Ich wollte gerne, daß Sie das einmal hören, denn das sind ja alles Überlegungen gewesen, die wir in vielen Gesprächen gewonnen haben.

Stingl: Dann bekommen wir auch eher Antwort.

Kiesinger: Und jetzt zu Ihrer Sache noch, Herr Stingl. Das Parteipräsidium führt ja eine ganze Reihe von Gesprächen, die jeweils mit einem Kommuniké enden mit Verbänden, u. a. mit dem Bund der Vertriebenen. Da haben wir eine klare Äußerung getan, die steht da. Und wir haben uns mit allen möglichen Verbänden getroffen, mit der Polizei-Gewerkschaft, mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft usw.; Gespräche, die sich jedesmal als außerordentlich fruchtbar erwiesen haben, weil sie – das war ja nicht nur das Präsidium, sondern wir luden sachverständige Freunde dazu ein – ganz merklich zur Verbesserung des Klimas beigetragen haben, Dinge, die man eben hätte auch schon früher tun müssen.

Zu Ihren sonstigen Gravamina: Sicher, man muß solche Gelegenheiten hervor-suchen, wo man etwas sagen kann, das gehört wird, weil es gerade zu diesem Zeitpunkt und aus diesem Anlaß gesagt werden muß. Aber keiner von Ihnen wird sich der Einsicht versperren können, daß das eine furchtbar mühselige Arbeit ist, das, was Herr Dr. Göb eben dargelegt hat und was ich vorhin angedeutet habe, aufzubauen. Ich bin so beschäftigt wie zu meiner Zeit als Bundeskanzler, von morgens bis abends. Und dazu habe ich einen permanenten Wahlkampf zu führen. Ich mußte ja erst sehen, wie läuft das. Ich wußte ja nicht, wie die Leute reagieren würden, ob sie überhaupt noch kommen würden zu großen Kundgebungen wie in der Bundestagswahlzeit. Diese Kundgebungen sind so groß wie eh und je. Die Leute sind so interessiert wie eh und je. Das ist in den letzten Tagen ganz deutlich geworden, und das muß man doch aus-nützen. Und das ist etwas, was sich aus so vielen Bemühungen zusammensetzt und nicht gleich jedem Mitglied unserer Partei deutlich wird.

Für den Vorstand bedeutet dies, daß wir das machen, was Herr Dr. Göb eben gesagt hat. Die Sitzungen des Vorstands werden durch Papiere vorbereitet sein, die rechtzeitig in die Hände der Mitglieder des Vorstands kommen. Das wird durch das Parteipräsidium vorbereitet. Die Sitzungen des Parteipräsidiums werden wiederum vorbereitet durch unsere wöchentlichen Gespräche, so daß also hier eine Linie entstanden ist, die uns in die Lage versetzt, so rasch wie möglich schlagkräftig zu sein. Wichtig ist nur dies: Wohin ich komme, wird Klage geführt darüber, daß man nicht informiert sei. Deswegen ist das, was Herr Dr. Göb gesagt hat, so ungeheuer wichtig, daß wir uns konzentrieren auf wenige, aber dann durchschlagende Informationsmittel. Ich sage Ihnen offen, das „Monatsblatt“ ist einfach Urgroßmütterchens Begleitmusik. Das hat gar keinen Sinn, das dürfen wir nicht aufrechterhalten. Wir müssen ganz andere Publikationsmittel bekommen.

Stingl: Sie müßten etwas haben, was an die Mitglieder geht.

Kiesinger: Ja, selbstverständlich. Aber nicht nachher, sondern vorher. Daher die Überlegenheit des „Bayernkurier“.

Stingl: Ganz offen: Ich hör die Worte wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Es folgt ein kurzer Disput zwischen Herrn Dr. Kiesinger und Herrn Stingl. Man einigt sich, die Differenzen in einem internen Gespräch zu erörtern.

Göb: Ich hätte noch zwei formale Punkte, die ich bitte zu erledigen. Erstens: Der Bundesvorstand hat am 23. Januar beschlossen, daß die Bundesredner in den drei letzten Wochen vor den Landtagswahlen eingesetzt werden sollen. Nun sind gerade diese drei Wochen vor den so wichtigen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Saarland ein Termin, in dem die Fußball-Weltmeisterschaft sich abspielt und die Wahlkampfstrategen beider Landesverbände gesagt haben, das geht so nicht, weil dann doch zu viel von diesen Weltmeisterschaften absorbiert wird.³⁹ Sie haben also gebeten, daß wir diesen Beschluß etwas verändern und etwas nach vorne schieben, daß also wenigstens vier Wochen vor den Landtagswahlen der Einsatz der Bundesredner erfolgt. Da dies ein formeller Beschluß war des Bundesvorstands, bitte ich Sie, diesen Beschluß aufzuheben und entsprechend zu ändern. (*Der Bundesvorstand erklärt sein Einverständnis.*)

Zweitens: Nach der Geschäftsordnung der CDU werden die Vorsitzenden der Bundesausschüsse, die vom Bundesvorstand eingesetzt worden sind, vom Parteivorstand ernannt. Es haben sich nun diese Fachausschüsse jetzt neu konstituiert, und es müssen die gewählten Ausschußvorsitzenden – das ist also praktisch ein Vorschlag der Ausschüsse hier für den Bundesvorstand – formell durch den Bundesvorstand bestätigt werden. Ich würde bitten, daß ich Ihnen das vorlesen darf und Sie dann sagen, ob Sie die gewählten Herren bestätigen: 1. Bundesfachausschuß Öffentlicher Dienst: Ulrich

³⁹ Zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vgl. Nr. 1 Anm. 5; zu denen im Saarland vgl. Nr. 2 Anm. 18. – Die 9. Fußball-Weltmeisterschaft wurde vom 31. Mai bis 21. Juni 1970 in Mexiko ausgetragen.

Berger⁴⁰; 2. Bundesausschuß für Gesundheitspolitik: Dr. Horst Bourmer⁴¹; 3. Bundesausschuß für Sozialpolitik: Josef Stingl; 4. Bundesausschuß für Agrarpolitik: Gustav Niermann; 5. Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik: Dr. Manfred Schäfer. – Herr Dr. Wörner ist vom Vorsitz des Bundesausschusses Sport zurückgetreten. An seiner Stelle ist Herr Dr. Hans Evers vorgeschlagen worden. – Ich würde Sie bitten, diese Vorschläge zu bestätigen, damit diese Ausschüsse arbeiten können. (*Der Bundesvorstand erklärt sein Einverständnis.*)

VERSCHIEDENES

Kraske: Meine Damen und Herren! Der Bundesvorstand hat in Berlin eine Baukommission unter dem Vorsitz des Herrn Schatzmeisters eingesetzt, der Herr Amrehn und ich angehören. Diese Baukommission hat inzwischen zwei Sitzungen abgehalten, in denen folgendes Ergebnis herauskam:

Um den Bau so schnell wie möglich durchzuführen, ist es erforderlich, einen Generalunternehmer zu kontaktieren, d. h. also, den gesamten Bau einer Unternehmung zu übertragen, ohne eine Architektenausschreibung in allen Bereichen zu unternehmen. Dabei hat sich die Möglichkeit geboten, dieses mit einem vorher zu vereinbarenden Festpreis zu tun. Die bisherigen Ausschreibungen haben im Ergebnis bei der billigsten Lösung einen Gesamtpreis von 17,2 Mio. ergeben, der ursprüngliche Preis war 18,1 Mio. Das ist inzwischen durch einige Einschränkungen, die aber nach unserer Meinung vertretbar sind, noch auf 17,2 Mio. reduziert. Es kommt eine Reihe von zusätzlichen Aufgaben hinzu, die im Bereich der elektrotechnischen Ausstattung liegen. Es kommen die Gebühren dazu, so daß also die Gesamtsumme, um die es geht, bei 20 Mio. liegen wird. Die Angebote, die uns gemacht worden sind, insbesondere dies über 17,2 Mio., stammt hier in Bonn von der Fa. Gemüngt & Schneider. Sie ist sehr sorgfältig geprüft worden von mehreren Stellen und macht nach unseren Feststellungen einen sehr zuverlässigen Eindruck, so daß wir den Zuschlag befürwortet haben. Die entscheidende politische Frage, wo nach Meinung von Herrn Amrehn und mir auch die politischen Gremien der Partei in eine Mithaftung und Mitentscheidung einbezogen werden müssen, ist die Zustimmung zu der Finanzierung der 20 Mio. Kosten. Die Finanzierung ist vorgesehen durch eine Hypothek von 17 Mio. und durch Eigenmittel von 3 plus 4 Mio. Die 4 Mio. sind vorhanden in der Form des Verkehrswertes des uns gehörenden Grundstücks. Die weiteren 3 Mio. müssen im Laufe der nächsten

40 Ulrich Berger (1923–2003), Verwaltungsbeamter; 1957–1961 und 1964–1980 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 777 Anm. 93.

41 In der Vorlage: Bormann. – Dr. Horst Bourmer (1920–2001), Arzt; 1948 Beitritt zum Marburger Bund, 1951–1953 Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen, 1953 CDU, 1970–1972 Vorsitzender des BFA Gesundheit der CDU; 1960–1963 Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, 1961–1969 2. Vorsitzender des Marburger Bundes, 1970 Wechsel zum Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands e. V., 1972–1989 dessen Bundesvorsitzender, 1973–1978 Vizepräsident der Bundesärztekammer.

14 Monate aufgebracht werden durch den Verkauf von Bausteinen innerhalb der Partei, durch Spenden im weitesten Sinne. Dabei sind die Bundestagsfraktion, die Landtagsfraktion von Rheinland-Pfalz und die Bürgerschaftsfraktion von Bremen schon mit gutem Beispiel vorangegangen. Dennoch ist bisher von diesen 3 Mio. nur etwa 1/7 aufgebracht worden. Hier steht die Partei also noch in einer gewissen Verpflichtung, obwohl Herr Schmücker im Blick auf dieses Jahr durchaus zuversichtlich ist. Wenn auf diese Weise dieses Haus finanziert wird, dann ergibt sich natürlich eine sehr hohe laufende Belastung, und dieses ist ein Wechsel auf die Zukunft, den bisher niemand recht decken kann, denn wir brauchen unseren laufenden Etat in Zukunft ja nicht nur für dieses Haus und die dadurch steigenden Kosten, die natürlich bei der Qualität dieses Hauses über der Summe der dann einzusparenden Mieten für unsere gegenwärtig 15 Einzelobjekte liegen, sondern wir brauchen darüber hinaus mehr Geld für den Ausbau des Apparates, von dem Herr Dr. Göb gesprochen hat. Wir würden erheblich mehr Geld brauchen etwa für die Umwandlung des „Monatsblattes“ in eine Wochenzeitung. Wie das finanziert werden soll im ganzen, ist sicher heute noch nicht ganz abzusehen. Wir sind nach dem Vortrag des Bundesschatzmeisters dennoch der Meinung, daß man dem zustimmen kann, weil die wirtschaftliche und finanzielle Absicherung in folgender Überlegung liegt. Selbst wenn die Partei die laufenden Kosten nicht aufbringen könnte, würde eine volle Vermietung dieses Hauses nach der gegenwärtigen Verkehrslage in Bonn in ihrem Ertrag die laufende Verzinsung und Amortisation dieser Hypothek von 17 Mio. hergeben. Das heißt, die Sache ist also in jedem Falle finanziell solide. Wenn wir nicht einziehen würden – was ich jetzt mal ganz theoretisch in der wirtschaftlichen Kalkulation nur sage –, dann könnten wir dieses Haus nach den Erträgen verzinsen und amortisieren, so daß es uns nach einem Zeitraum von ca. 15 Jahren gehört. Dieses hat uns in der Baukommission den Mut gegeben, mit dem Bundesschatzmeister Ihnen vorzuschlagen, dem sofortigen Baubeginn und dieser Finanzierung zuzustimmen, obwohl der Bundesschatzmeister bis heute nicht einen zuverlässigen Plan über die jährliche Verzinsung und Tilgung in den Jahren ab 1971/72 vorlegen kann, weil die Einnahmeseite für den Gesamtetat der Partei in diesen künftigen Jahren eben doch nicht hinreichend klar ist.

Amrehn: Zu ergänzen wäre noch, daß diese Hypothek 8% kosten soll bei 98% Auszahlung. Das ist ein sehr günstiges Angebot. Die Bonner Sparkasse hat uns in Aussicht gestellt, daß sie aus der Diskonterhöhung jetzt keine Folgerungen für das Angebot ziehen wird, obwohl sie uns im Vertrag zusichert, bei einer Senkung des Diskontsatzes künftig unter sechs mit den Zinsen auch zurückzugehen. Ich glaube, es gibt keine Stelle – wir haben eine Reihe von Kapitalsammelstellen angesprochen –, die uns ein so günstiges Angebot machen konnte. Der Bauauftrag ist hervorragend vergeben: Erstens an eine Firma erster Klasse, zweitens zur Bedingung der Schlüsselfertigkeit, drittens zu einem wirklich günstigen Preis, der in keiner Weise die Erhöhung der Baupreise um rund 25% in Nordrhein-Westfalen auf den Bauherren überträgt.

Ich glaube also, daß man von der Anlegung unseres Planes her ihn nach allen Seiten befürworten kann. Unter gewöhnlichen Umständen und in einem Betrieb würde man natürlich nun dann nicht als abgeschlossen ansehen, wenn noch 3 Mio. bar fehlen. Ich

habe aber in meinem Leben eine ganze Menge von Kirchen finanziert in Millionenhöhe, und da sind wir manchmal weit unter einer Finanzierungsgrenze von 85 % bar oder Kreditmitteln gewesen, ehe der Auftrag erteilt wurde, und wir sind dabei immer ganz gut gefahren. Nur die 3 Mio. DM müssen nun durch Sammeln und Parteanstrengungen aufgebracht werden. Und wenn wir diese Entscheidung heute nicht fällen, dann steht nicht mehr das Bauangebot und steht nicht mehr das Finanzierungsangebot der Sparkasse. Sie haben das nämlich auf den 15. März befristet. Es muß sofort beschlossen werden, sonst können weder die Unternehmer die Preise halten, noch die Sparkasse die Hypothek anbieten. Die Baukommission hat sich also entschlossen, zu der Sache ja zu sagen. Aber ich war der Meinung, daß eine so wichtige Entscheidung – weil eben 3 Mio. noch fehlen – vom Vorstand nicht nur zur Kenntnis genommen werden sollte, sondern zustimmend zur Kenntnis genommen werden sollte in der klaren Erkenntnis, daß der Bau notwendig ist, daß er niemals zu so günstigen Bedingungen wieder errichtet werden kann, daß unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Rentabilität am Bonner Markt das Grundstück als solches nach Fertigstellung an Dritte vermietet werden könnte mit der Aussicht auf kleinen Nutzen, der dann natürlich zurückgeht, wenn wir mehrere Stockwerke davon selber beziehen und dafür dann die Miete aufbringen müssen und daß es also verantwortet werden sollte, diesen Bau in Gang zu setzen. Und deswegen würde ich also um den Beschluß des Vorstands bitten, daß er davon zustimmend Kenntnis genommen hat.

Herr Amrehn beantwortet einige finanztechnische Detailfragen von Herrn Dr. Schäfer.

Kiesinger: Ich würde vorschlagen, daß wir das zustimmend zur Kenntnis nehmen. Ich bin selber gegenwärtig dabei, so ein bißchen mit dem Hut in der Hand herumzugehen, ohne daß ich damit andere Kreise störe. Man muß eben einigen einsichtigen Leuten aus unserer Wirtschaft klarmachen, daß in Zukunft, wenn sie uns wirklich unterstützen wollen, das Volumen dessen, was sie uns zur Verfügung stellen, ganz anders aussehen muß als bisher. Nur so werden wir es auch da schaffen. Wir haben also den Bericht von Herrn Amrehn und Herrn Dr. Kraske zustimmend zur Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren! Dann darf ich nur noch einmal folgendes sagen. Ich bitte Sie noch einmal – ich wollte keine dramatische Geschichte hier daraus machen – keinen Beschluß [zu fassen], aber ich muß Sie darauf aufmerksam machen, wie ernst die Situation ist, wenn aus der Mitte der Partei heraus dieser Feldzug, der – ich will es gar nicht feststellen – überlegt sein mag oder der einfach – was ich mehr vermute – auf leichtsinniger Schwatzerei beruhen mag, weitergeht. Ich lasse mich nicht verschleißen. Das muß die Partei zur Kenntnis nehmen. Und ich werde dasselbe Recht für mich in Anspruch nehmen, was eben der Fraktionsvorsitzende gesagt hat. Ich werde mit aller Behutsamkeit, mit aller Ruhe und Souveränität dieser Situation gegenüber handeln. Ich werde darauf bestehen, Aufgabe und Autorität meines Amtes, das mir in Mainz übertragen worden ist, wahrzunehmen in dieser Partei. Auch die Führungsaufgabe, die

mir übertragen worden ist. Sie kann ich nur bitten, jedem auf die Finger zu klopfen, auf den Sie stoßen, der diesen Prozeß, den andere in Gang gesetzt haben – aus welchen Motiven immer –, weiter fortsetzt. Sonst wird die CDU in Kürze in einer sehr gefährlichen Krise stehen, und zwar mitten in einem Jahr, in dem sie das am allerwenigsten vertragen kann. Ich muß Ihnen das mit allem Ernst sagen, mit allem Ernst. Mehr will ich jetzt zu dieser ganzen Angelegenheit nicht äußern, aber ich bitte Sie herzlich, wenn je diese Partei einig sein müßte in dem Entscheidenden, auch in der Loyalität, in der gegenseitigen Loyalität, dann – es ist eine Banalität, es zu sagen; ich wage kaum, es auszusprechen – ist es gerade diese Zeit der Opposition und gerade dieses Jahr. – Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.